

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Straßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 26. September 1931

35. Jahrgang

Nummer 39

Vertrauen zur Organisation

Die Gewerkschaften und ihre Angestellten sind schon immer angefeindet worden. Selten aber dürfte der Ansturm der Gegner so stark gewesen sein, wie in letzter Zeit. Manche rechtsradikalen Blätter berichten von den Gewerkschaften in einer Weise, die an Gehässigkeit und Niedertracht nicht mehr zu überbieten ist. Viele Werkzeitleiter haben ihre neutrale Maske fallen lassen und erweisen sich ganz offen als Sprachorgane einer reaktionären Unternehmerpolitik. Aber damit nicht genug. Die westdeutschen Unternehmer haben sogar ein anonymes Bilderbuch in einer Auflage von 1/2 Million verbreiten lassen, um durch grobe Lügen und demagogische Verdrehungen der Öffentlichkeit verständlich zu machen, daß in erster Linie die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik schuld an dem heutigen Wirtschaftselend sei. Schon einige Wochen früher hatten sie einen Aufruf erlassen, der sich gegen eine sozialdemokratische Kundgebung wandte. Diesen Aufruf hatte man vielen Arbeitern in die Wohnung geschickt und ihn außerdem als teures Inserat in verschiedenen Zeitungen, unter anderem auch in den nationalsozialistischen Blättern veröffentlicht. Da dieser bezahlte Unternehmerruf von der Nazipresse ausdrücklich als richtige Erkenntnis bezeichnet wurde, so reichten sich damit die Hakenkreuzler offen in die Kampffront der Unternehmer ein. Die angeführten Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Es genügt aber der Hinweis, daß sowohl die Unternehmer und ihre Organe, wie auch die rechtsradikalen Parteien einen besonders gehässigen Feldzug gegen die Gewerkschaften eröffnet haben. Im Mittelpunkt der gesamten Angriffe steht aber, wie betont, die Behauptung, die gewerkschaftliche Tarifpolitik hätte die Selbstkostenkrise und damit die Wirtschaftskatastrophe heraufbeschworen.

Neben den rechtsradikalen Gewerkschaftsfeinden stehen, wie üblich, die Gegner von links. Auch ihnen muß man den traurigen Ruhm lassen, daß sie in der Bekämpfung der Gewerkschaften sehr tüchtig sind. Sie unterscheiden sich von ihren rechtsradikalen Kampfgemeinschaften nur dadurch, daß auch ihnen die gemeinsten Lügen und bodenlosesten Gemeinheiten als Kampfmittel dienen. Das Uebelste dabei ist, daß sich nun die Moskajünger als radikale Verteidiger der tariflichen und sozialen Errungenschaften aufspielen. Das heißt, die gewerkschaftlichen Erfolge, die sie in den letzten Jahren als reformistischen Berater bezeichneten und die vielfach gegen ihren Willen zustande gekommen sind (erinnert sei nur an die Arbeitslosenversicherung), gelten nun auf einmal als Kampfobjekte der kommunistischen Politik oder besser gesagt, der kommunistischen Agitation. Wenigstens wird jeder Rückschlag auf sozial- oder lohnpolitischem Gebiet auf das Schuldkonto der „verräterischen“ Gewerkschaftspolitik gebucht.

Jetzt, wo die Arbeiterrechte bedroht sind, erkennen also die Kommunisten an, daß die Arbeiterschaft etwas zu verlieren hat.

Die ganzen übrigen Jahre vertraten sie die gegenteilige These, indem sie behaupteten, die reformistischen Gewerkschaften hätten nichts erreicht. Kurzum, es fehlt an Angriffen nicht, da die rechts- und linksradikalen Gewerkschaftsfeinde in dem Ziel ihres Angriffes sich durchaus einig sind. Nicht einig dagegen sind sie sich in dem Gebrauch ihrer geistigen Waffen. Während die Rechtsradikalen den wirtschaftspolitischen Unternehmerrückgang vertreten, zu hohe Löhne und Soziallasten und zu starre Arbeitszeittarife hätten den wirtschaftlichen Niedergang veranlaßt, behaupten die Linksradikalen vielfach das Gegenteil. Die Hauptsache ist, wenn man in jedem Falle den verhassten Gewerkschaften eins auswichen kann. Was schert diese Katastrophopolitiker das Lebensinteresse der deutschen Arbeiterschaft?

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß trotz der gegnerischen Angriffe oder gerade wegen der widerspruchsvollen Anfeindung eine Vertrauenskrise der Gewerkschaften von diesen Seiten nicht zu befürchten ist. Gemessen an dem gewerkschaftlichen Mitgliederstand ist es bisher weder der einen noch der anderen Gruppe gelungen, eine wirkliche Bresche in die Gewerkschaftsfront zu schlagen. Ist es deshalb nicht müßig, überhaupt von einer Vertrauensfrage zu sprechen? Keineswegs. Denn wenn auch die Gewerkschaften weder von außen noch von innen durch Maulwurfsarbeit zu erschüttern sind, so bedarf es doch aller Anstrengung, daß der zermalmende Druck der Wirtschaftskrise keine Mißverständnisse und Vorurteile aufkommen läßt, die unsere Front erschüttern könnten.

Die Gefahr dazu ist groß. Nicht immer wird mit der genügenden Klarheit erkannt, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, Schlimmeres zu verhindern.

Der Sinn der gewerkschaftlichen Arbeit war immer im Rahmen der gegebenen Wirtschafts- und Machtverhältnisse, die Arbeiterinteressen

in bestmöglicher Weise zu vertreten. Dieser Grundsatz gilt heute mehr denn je. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der hinter uns liegenden Zeit die Gewerkschaftsvertreter manchmal für Schiedsprüche stimmen mußten, die einen Lohnabbau vorsahen. In allen diesen Fällen handelt es sich nicht um eine freiwillige oder gar willkürliche Preisgabe von Arbeiterrechten, sondern einzig und allein darum, Schlimmeres zu verhindern. Sicherlich hätte es sehr im agitatorischen Interesse eines Verbandes gelegen, wenn seine Vertreter irgendwelchen verschlechterten Tarifen nicht zustimmen brauchten.

Wenn die Organisationsvertreter die Verbandsinteressen trotzdem den wirtschaftlichen Arbeiterinteressen unterordneten, dann ist das sicherlich kein beschämendes Zeichen oder Anlaß zu Schmähungen und Verdächtigungen.

Mitunter wird auch die skeptische Meinung vertreten, die deutsche Arbeiterschaft hätte bis jetzt soviel Opfer bringen müssen, daß sie kaum noch etwas zu verlieren habe. Derartige Behauptungen sind, gelinde gesagt, grober Unsinn. Erinnert sei nur an den schwarzweißroten Volksentscheid in Preußen. Glaubt denn wirklich jemand, daß die Preußenstürmer von Dingeldey bis Hitler, unterstützt vom Unternehmertum, einen derartigen politischen Machtkampf entfesselt hätten, wenn nicht dahinter der Wille steckte, die Arbeiterschaft völlig zu entrechteten? Erinnert sei ferner an die maßlosen Unternehmerrforderungen, denen wir trotz mancher Rückschläge immer noch wirksam begegnen konnten. Erinnert sei vor allem auch an den Kampf gegen die heutige kollektive Arbeitsverfassung, die man allzu gerne beseitigen möchte, um, wie noch kürzlich ein Unternehmerorgan schrieb, einen rückwärtslosen Kampf um den Arbeitsplatz zu entfesseln. Kurzum, der Kampf und die Ziele der Gewerkschaftsgegner zeigt auch hierbei, daß die organisierte Arbeiterschaft noch manches zu verteidigen hat.

Aber es gilt nicht nur, Erreichtes zu verteidigen, sondern auch Neues zu erobern. Je mehr die wirtschaftliche Krise sich zuspitzt und die Arbeitslosennot wächst, um so dringlicher wird begreiflicherweise der Ruf nach radikaler Beseitigung der unerträglichen Zustände. Um so mehr finden auch die wortradikalen Phrasen der arbeitserfeindlichen Katastrophopolitiker Anklang. Hier muß es unsere Aufgabe sein, für die nötige Aufklärung zu sorgen! Ein Generalrezept zur plötzlichen Ueberwindung der Wirtschaftskrise gibt es nicht. Denn angenommen, Hugenberg und Hitler kämen zur Macht. Die Frage ist dann die: „Was könnten diese Herrschaften tun, wenn sie überhaupt etwas tun wollten? Sie könnten Hungerlöhne einführen, die Arbeitszeit verlängern und die Sozialversicherung beseitigen, um durch eine derart ermöglichte Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt größeren Absatz zu finden. Daß das kein Ausweg ist, weil die Staaten und Arbeiter in anderen Ländern sich das nicht gefallen lassen, ist selbstverständlich. Oder glaubt jemand, daß diese Herrschaften den entgegengesetzten Weg einschlagen würden. Bleibt noch das kommunistische Programm Thälmanns. Diese Radikalisten wollen bekanntlich ein Wirtschaftsbündnis mit Sowjetrußland. Dabei braucht man nur die Handelsbilanzen von Deutschland und Rußland miteinander zu vergleichen, um zu erkennen, wie untauglich auch das kommunistische Befreiungsprogramm ist.

Gibt es deshalb überhaupt keinen Ausweg? Sind wir zum Abwarten und ruhigen Zuschauen verurteilt? Keineswegs. Denn wenn auch der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. kein Generalrezept zur kurzfristigen Ueberwindung der Krisennot erfand, so zeigte er doch eine Anzahl Wege, die zu einer fühlbaren Vinderung der Not führen können. Und wenn dabei den Gewaltplänen und Katastrophopolitikern von links und rechts eine Abgabe erteilt wurde, so bedeutet das nicht, daß die Gewerkschaften gewillt sind, mit den Arbeiterinteressen Schindluder treiben zu lassen. Im Gegenteil, sie werden nach wie vor im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren um jede Position und um fortschrittliche Erleichterungen kämpfen. Dazu aber brauchen sie das Vertrauen und einen ungebrochenen Organisationswillen der Mitglieder. Darum denkt daran:

Die Treue zum Verband, der Geist der Kameradschaft und Solidarität hat sich bisher stets als die beste Waffe gegen alle arbeitserfeindlichen Mächte und wirtschaftlichen Nöte erwiesen. Halte diese Waffe blank und scharf.

Straßenbau und Finanzierung

Das wichtigste Problem, das in Deutschland zu lösen ist, ist die Arbeitsbeschaffung. Leider werden die zur Arbeitsbeschaffung vorhandenen Möglichkeiten in Deutschland nicht so beachtet, wie es die unseeligen wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern. Eine dieser Möglichkeiten ist der Straßenbau! Allerdings sind die Fragen „Finanzierung des Baues und Unterhaltung der Straßen“, also das Schaffen von Einnahmen für die Straßenbauverwaltungen, das wichtigste Moment. Demzufolge haben sich auch die stattgefundenen internationalen Straßenbaufongresse mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und zahlreiche Gesichtspunkte erörtert.

Aus den Berichten der einzelnen Länder auf dem VI. Internationalen Straßenbaufongress in Washington 1930 ergibt sich, daß die Straßenbauverwaltungen in allen Ländern die Notwendigkeit eines weitgehenden Ausbaues, Wiederaufbaues und Neubaus sowie bessere Unterhaltung der Straßen erkannt haben, um den Bedürfnissen des Kraftwagenverkehrs genügen zu können.

Während man sich früher hauptsächlich mit der Finanzierung der Hauptstraßen und der Straßen für den Fernverkehr befaßte, weisen die heutigen Länderberichte darauf hin, daß zwar für die Hauptstraßen noch umfangreiche finanzielle Probleme zu überwinden sind, aber die Straßen zweiter Klasse und die Lokalstraßen den Bedürfnissen des Kraftverkehrs mehr angepaßt werden müssen. Die Tatsache, daß das Kraftfahrzeug heute kein Luxusgegenstand mehr ist oder gar nur eine Ausnahme darstellt, sondern für den modernen Straßenverkehr von größter Bedeutung ist, spricht aus den Berichten der Länder. Von besonderer Wichtigkeit ist die Feststellung, daß die Möglichkeit gegeben ist, die Kraftfahrzeuge zum Bau und zur Unterhaltung der Straßen durch angemessene Steuerliche Belastung beitragen zu lassen.

Drei Möglichkeiten sind es, die zur Finanzierung des Straßenbaues und der Unterhaltung der Straßen empfohlen werden, und gemeinsam angewendet bieten sie Gewähr für die Durchführung der Straßenbauprogramme: „Angemessene Besteuerung der Kraftfahrzeuge, Aufnahme langfristiger Straßenbau-Anleihen, Entnahme eines entsprechenden Teiles der benötigten Mittel aus den Erträgen der allgemeinen Steuern.“ Der aus den Verbesserungen der Straßen sich ergebende Nutzen liegt im Allgemeininteresse und bringt zugleich den Besitzern der Kraftfahrzeuge besondere Vorteile, so daß die für erhöhte Steuern aufgewendeten Summen sich nicht nur reichlich verzinsen, sondern auch amortisiert werden. Allgemeiner Nutzen ergibt sich ferner aus der Tatsache, daß durch intensiven Straßenbau in Deutschland Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden für mindestens Hunderttausend von jetzt die Straße benötigenden Arbeitslosen.

In Deutschland ist die Finanzierung des Straßenbaues sehr mangelhaft, der Ertrag aus der Kraftfahrzeugsteuer reicht nicht zur Deckung der Kosten für Straßenbauunterhaltung aus. Diese Tatsache sollte eine Anregung sein, um die Frage der Finanzierung des Straßenbaues einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, damit ausreichende Mittel für diesen wichtigen Zweig der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. In keinem Lande ist in den letzten zehn Jahren im Straßenbau soviel experimentiert worden wie in Deutschland. Experimente verursachen Kosten, die in den wenigsten Fällen mit den erzielten Erfolgen in Einklang gebracht werden können, und wenn die deutschen Straßenbauverwaltungen einmal alle die negativen Erfolge, die z. B. mit der neuzeitlichen Straßendecke (Teer) erzielt wurden, registrieren und bekanntgeben würden, dürfte festzustellen sein, daß von den vorhandenen nicht ausreichenden Mitteln ein beträchtlicher Teil ohne genügenden Erfolg verbraucht wurde, weil eine Verbesserung der Straßenverhältnisse nicht erreicht ist.

Ein bedauerlicher Zustand ist, daß die Erträge aus der Kraftfahrzeug- und Betriebsstoffsteuer in Deutschland nicht, wie in anderen Ländern, zum Straßenbau und zur Unterhaltung Verwendung finden. Würde dieses der Fall sein, dann dürfte es kaum zutreffen, was in dem deutschen Bericht an den Kongress gesagt ist, daß das aufgestellte Straßenbau-Industrieprogramm erst in 32 Jahren durchgeführt werden kann.

Interessant ist ein Vergleich, den Herr Landrat Dr. Barain (Werden) in der Zeitschrift „Die Straße“ veröffentlicht unter dem Titel „Straßenbau und Kraftfahrzeugsteuer in Dänemark und Deutschland“. Dr. Barain hat eine Studienfahrt im Kraftwagen durch Dänemark zum Zwecke des Studiums der Straßenverhältnisse und der Finanzierung des Straßenbaues gemacht. Zunächst stellt er fest, daß in Dänemark alle Straßen in einem hervorragenden Zustand sind. Der Verkehr mit Kraftwagen ist in Dänemark stärker als in Deutschland; denn es kommt auf 33 Einwohner ein Auto, dagegen in Deutschland erst auf 97 Einwohner. Während in Deutschland immer mehr Kraftwagen von großer Schwere in den Verkehr kommen, sieht man in Dänemark vorwiegend leichte Kraftwagen. Dr. Barain schreibt, daß in Dänemark das Pferdewagen und der Kraftwagen gut Freund sind, weil dort der Landmann einseht, welchen Nutzen ihm der Kraftwagen bringt, selbst wenn er nicht Besitzer eines solchen ist. Letzteres sei dadurch erklärlich, daß durch Gesetz sowohl der Straßenbaupflichtige als auch der Straßennutzer vor Ausschreitungen des Kraftwagenverkehrs geschützt wird, indem Vorschriften bezüglich der Beschränkung des Gewichtes, der Breite, der Geschwindigkeit bestehen und der Kraftwagen in einem Maße zur Steuer herangezogen wird, daß praktisch mehr als drei Viertel der gesamten Ausgaben für Straßenbau und Unterhaltung von der Kraftwagensteuer gedeckt werden. In Deutschland kommt die ungeheure Belastung der Land- und Provinzialstraßen aus den Städten und Industriebezirken, deshalb ist der ländliche Steuerzahler gegen den Kraftwagen verbittert, er muß hilf- und

zaflos zusehen, daß seine Landstraßen durch die schweren Lastkraftwagen zerstört, seine Häuser an den Dorfstraßen in den Grundrissen erschüttert und baufällig werden, und er obendrein als Kreis- und Provinzialsteuerpflichtiger hierfür noch die Kosten zahlen muß.

In Dänemark (wie übrigens in fast allen Ländern) ist der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer fast ausreichend, um die Mehrbelastung der Straßen durch den Kraftwagenverkehr auszugleichen. Während in Deutschland der Kraftfahrer, besonders der Lastwagen, sich als unbeschränkter Herr der Landstraße fühlt, ist in Dänemark das Verhältnis durch gute Straßendisziplin, auch der Kraftfahrer, zwischen bäuerlichen Fuhrwerken und den Kraftwagen ein gutes. Das Interesse und die Freude an dem guten Ausbau und Zustand der Landstraßen ist für Bauer und Autofahrer gemeinjam.

Einen solchen Zustand baldmöglichst in Deutschland herbeizuführen, der beiden Interessenten, dem Steuerzahler und dem Autofahrer gerecht wird, ist dringend notwendig. Das ist aber nur möglich, wenn die Kraftfahrzeuge wie in Dänemark zu den Straßenaufbaukosten herangezogen werden. Es dürfte in Deutschland unmöglich sein, ohne wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer das Straßennetz auch nur annähernd den Verkehrsbedürfnissen anzupassen. Als Unterlage könnte das dänische Kraftfahrzeug-Steuergesetz dienen, dessen Inhalt wir nachstehend wiedergeben:

- a) für Motorräder mit 50 kg Eigengewicht 6 Kronen = 6,75 RM.
- b) für Personwagen mit Luftbereifung:
 - bis 1000 kg Eigengewicht je 100 kg 10 Kronen = 11,25 RM.
 - von 1000 bis 1200 kg Eigengewicht je 100 kg 12 Kronen = 13,50 RM.
 - von 1201 bis 1500 kg Eigengewicht je 100 kg 15 Kronen = 16,85 RM.
 - von 1501 bis 2000 kg Eigengewicht je 100 kg 17 Kronen = 19,10 RM.
 - von 2001 bis 2500 kg Eigengewicht je 100 kg 20 Kronen = 22,50 RM.

Für je weitere 100 kg 1 Krone mehr, jedoch nicht über 25 Kronen je 100 kg Eigengewicht.

- c) für Lastkraftwagen mit Luftbereifung:
 - bis 1200 kg Eigengewicht je 100 kg 13 Kronen = 14,58 RM.
 - von 1201 bis 1500 kg Eigengewicht je 100 kg 16 Kronen = 17,95 RM.
 - von 1501 bis 2000 kg Eigengewicht je 100 kg 18 Kronen = 20,23 RM.
 - von 2001 bis 2500 kg Eigengewicht je 100 kg 20 Kronen = 22,50 RM.

Für je weitere 100 kg Eigengewicht 1 Krone mehr, jedoch nicht über 30 Kronen je 100 kg Eigengewicht.

- d) für Fahrzeuge mit besonders zugelassenen halbmassiven Bereifungen erhöht sich die Steuer um 25 Prozent, mit anderen halbmassiven oder massiven Reifen um 50 Prozent.

Zu dieser Steuer kommt nach dem dänischen Gesetz über die Benzinsteuer eine Abgabe von 7 Öre = 8 deutsche Pfennig je Liter Benzin hinzu. Außerdem wird beim Kauf eines Kraftwagens als Umsatzsteuer eine einmalige Abgabe von 20 Prozent des Wertes erhoben. Die dänische Kraftfahrzeugsteuer erfährt also die Aufleistung des Kraftwagens durch das Gewicht und zum anderen die tonnenkilometrisch Beanspruchung der Straßen durch die Benzinsteuer. Was in Dänemark Gesetz ist, wird von den wegbaupflichtigen Verbänden in Deutschland seit langem gefordert; doch sind diese Forderungen im deutschen Kraftfahrzeugsteuergesetz nur ungenügend berücksichtigt. So werden in Deutschland z. B. für einen Lastkraftwagen von 4000 Kilogramm Eigengewicht 759 RM. Steuer erhoben, für den gleichen Wagen müssen in Dänemark 1200 Kronen = 1392 Mark und außerdem noch die Benzinsteuer gezahlt werden. Landrat Dr. Baran hat festgestellt, daß man in Dänemark nicht daran denkt, die Kraftfahrzeugsteuer zu ermäßigen, trotzdem diese von Jahr zu Jahr 20 Prozent mehr bringt, weil der Mehrertrag höhere jährliche Unterhaltungskosten verursacht. Beachtenswert ist, daß im Amt Spandborg dauernd täglich 200 Arbeiter an den Straßen beschäftigt sind und die Arbeiter alle in eigener Regie ausgeführt werden. Ein dänischer Amtsbezirk ist etwas größer als ein preussischer Kreis.

Es liegt im Interesse der Wirtschaft und nicht zuletzt in dem der Autointeressenten, daß unser deutsches Straßennetz in Ordnung gebracht und in Ordnung gehalten wird!

Letzteres könnte unter Umständen erreicht werden durch Beschränkung des Gewichts der Lastkraftwagen. Auch hier ist Dänemark vorbildlich, denn das dänische Gesetz über den Kraftwagenverkehr bestimmt, daß Kraftwagen mit Anhänger nicht breiter als 230 Zentimeter sein dürfen, das Eigengewicht darf 4000 Kilogramm, das Gewicht mit Ladung 8000 Kilogramm und der Achsdruck 6000 Kilogramm nicht übersteigen. Die Gewichtsbeschränkung dürfte nur durch die Besteuerung nach Gewicht erreicht werden, wobei besonders wichtig sein dürfte eine Steuerbegünstigung der Luftbereifung. Die dänischen Gesetze arbeiten Hand in Hand, um den Straßenverkehr zu schützen, den Ausbau zu finanzieren und somit die Erhaltung der Straßen zu sichern, so daß alle Beteiligten zufrieden sein dürften.

Wenn erst in Deutschland die öffentliche Meinung so wie in Dänemark über die Wirkung der Kraftfahrzeugsteuer, die natürlich den Kraftwagenbesitzer finanziell belastet, zum Ausdruck kommt, dann erst wird der Straßenbau so durchgeführt werden können, wie es der heutige Verkehr erfordert; dann wird die steuerliche Belastung sich als eine finanzielle Entlastung der Gesamtwirtschaft auswirken, weil durch den Straßenbau mehr als 100 000 Arbeiter Beschäftigung finden. Gute Straßen bedeuten nicht nur beste volkswirtschaftliche Ausnutzung des Kraftwagens als Verkehrsmittel, sondern ermöglichen auch eine längere Nutzung des Kraftwagens. Schil.

Hauptfache der Krisenüberwindung: Stärkung der Kaufkraft

Es kommt einem bald das Erbrechen an, wenn man in den Rezepten zur Überwindung der Wirtschaftskrise immer wieder eins liest: herunter mit den Löhnen! In unzähligen Zeitungsartikeln, in Reden und Schriften wird diese „Weisheit“ mit einer Energie verkündet, die einer besseren Sache würdig wäre. Verschlechterung des Lebensstandards der ärmeren Bevölkerungsschichten soll die einzige Lösung sein, die aus diesem fehlerhaften Kreislauf herausführt. Aus dieser Forderung geht eine gewisse Geistesarmut und die Unfähigkeit, die Verhältnisse zu meistern, hervor. Ab und zu vernimmt man aber auch andere Stimmen. In der „Vox“ vom 13. September finden wir einen Artikel von Professor Karl Oppenheimer, der die Möglichkeiten der Krisenüberwindung in der Herabsetzung der Preise und in der Stärkung der Kaufkraft sieht. Greifen wir aus diesem Artikel die Kerngedanken heraus:

„Ein wirksamer Preisabbau muß von unten anfangen: bei den deutschen Rohstoffen, bei Kohle, Eisen, Zement und Ziegelsteinen. Die Preise für Fertigfabrikate interessieren zur Zeit die breiten Massen der Arbeiter und vor allem der Erwerbslosen leider recht wenig: was bei diesen als Verbraucher ausfallgebend ins Gewicht fallenden Massen vor allem in Frage kommt, sind Lebensmittel, Miete und Beförderung. Diese Posten machen schon beim gut bezahlten Arbeiter etwa 70 v. H. seiner Ausgaben aus, beim Erwerbslosen aber heute wohl 100 v. H. Bei allen diesen Hauptgruppen ist jedoch der Preisindex noch immer viel zu hoch. So kann nur tatsächlich notiert werden, daß der Preisindex für Agrarprodukte seit Mai 1930 nur um 1 v. H. zurückgegangen ist. Miete und Beförderung, auch sehr wichtige Posten für den Arbeiter und kleinen Beamten, sind überhaupt nicht billiger geworden. Dieser falsche Weg des Preisabbaues macht sich sinnfällig darin bemerkbar, daß der Gesamtindex für die Lebenshaltungskosten immer noch auf 135 v. H. des Friedensindex steht. Das will sagen: solange der Arbeiter noch überhöhte Preise für die absolut notwendigen Lebensdinge bezahlen muß, solange nützt ihm der Rückgang der Preise für allenfalls entbehrliche Fertig- und Luxuswaren nichts, denn er kann sie doch nicht kaufen. Im übrigen muß betont werden, daß im Gegensatz zu den Angaben von industrieller Seite auch die Gesamtheit der Fertigwaren noch sehr erheblich überteuert ist. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren stehen auf 103 v. H. Diese Zahl ist das Mittel für die immer noch zu teuren Rohstoffe und die überaus billigen ausländischen. Dagegen stehen die Konsumgüter bei 141,7 v. H. Im einzelnen: Ernährung 126, Bekleidung 138, Sonstiges (d. h. u. a. Miete, Licht, Beförderung) 184 v. H. Es liegt also noch eine enorme Spanne zwischen Herstellungsmaterial und Fertigware. Hier schließt sich der unheilvolle Kreis: diese Preise sind zum großen Teil bedingt durch mangelhaften Absatz und der Absatz muß mangelhaft bleiben, solange die Preise so hoch sind. Und anders gesehen: solange die Preise hoch und der Absatz schlecht ist, bleibt die riesenhafte Arbeitslosigkeit bestehen, und solange Millionen Menschen nichts kaufen können, bleibt der Absatz schlecht. Hier kann nur eines helfen: gewaltsames Herabdrücken der Preise von der Basis her, von Rohstoffen, Baustoffen und Energie. Erst wenn das erreicht ist, kann man dann auch die Papierlöhne senken, ohne den Reallohn der Arbeiter zu gefährden. Dann wird die Erwerbslosenziffer abfallen, jeder wieder eingestellte Arbeiter und Angestellte tritt sofort als neuer Käufer auf, und so vermindert sich dann der fürchtbare Zirkel in sein Gegenteil: Minderung der Erwerbslosigkeit, Hebung des Absatzes, Herabsetzung der Herstellungskosten, weitere Hebung des Absatzes, weitere Minderung der Erwerbslosigkeit. Im Anfang aber muß die Bereinigung der Preisbildung stehen.“

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt der bekannte Textilindustrielle Gütermann in einer Zuschrift an das „S. T.“ Nr. 432: „Unsere Sorge liegt nicht auf der Produktions-, sondern auf der Konsumseite. Wenn der Konsum kleiner wird, so sinkt auch die Leistungsfähigkeit unserer Industrie, so steigen die Selbstkosten mehr, als wir durch Verbilligung der Löhne wieder ausgleichen können. — Eine zukünftige Wirtschaftspolitik wird bei ihrer Planung zu berücksichtigen haben, daß uns die Rationalisierung große Vorteile gebracht hat, die wir aber zu Nachteilen umkehren, wenn wir sie nicht erkennen und die entsprechende „Verkehrsregelung“ treffen. Hierzu gehört als Wichtigstes: 1. Die Arbeitszeit zu regeln, daß möglichst Viele sich in der Arbeit und damit das Arbeitseinkommen teilt. 2. Die Löhne nicht auf einen Tiefstand fallen lassen, daß die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu weit absinkt.“

Die gleiche Meinung, wie sie hier von zwei kundigen Leuten geäußert wird, haben die Gewerkschaften stets vertreten. Es ist der einzige Weg, der aus der Krise führt.



Die KGD. zwischen zwei Stühlen

Ueber die Arbeiterschaft hinaus verfolgt man teilweise mit Schadenfreude die kommunistische Spaltungstätigkeit. Daß die Kommunisten bei dieser Tätigkeit nicht im Sinne der Arbeiterbewegung handeln, ist ein offenes Geheimnis. Die KGD z. B. ist ein Hilfsmittel der vom Ausland beeinflussten kommunistischen Partei. Im ganzen gesehen ist es ein großer Jammer, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland durch teilweise landfremde Elemente geschwächt wird. Der Vorsitzende des DGB, Lepart, hat auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt die Feststellung gemacht, daß die Hoffnungen der KGD, die Gewerkschaften durch eigene Organisationen zu schwächen, fehlgeschlagen sind. Die gleiche Feststellung macht eine ausgesprochene Unternehmerzeitung, und zwar die „Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung“ in der Ausgabe vom 4. September. Dort wird ein Artikel unter der Ueberschrift „Ein Jahr kommunistische Gewerkschaftspolitik“ veröffentlicht. Wir heben daraus einige Stellen hervor: Mit Gründung der KGD hob

„ein schweres Ringen um die Gefolgschaft der Arbeitermassen an und drückte allem gewerkschaftlichen Gelingen und der ganzen politischen Entwicklung seinen Stempel auf. Trotz einer außergewöhnlichen Gunst der Verhältnisse und größter Anstrengungen entsprach aber das Ergebnis nicht den an die neue Taktik geknüpften Erwartungen. Das kam auf der Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition (KGD) am 20. und 21. Juni 1931 in Berlin deutlich zum Ausdruck. Die Stärke der KGD wurde in der Konferenz auf 144 000 Mitglieder am 1. Februar 1931 und auf rund 250 000 im Juni 1931 angegeben, schon reichlich wenig, wenn man bedenkt, daß die KGD nicht nur die Mitglieder in den Betrieben und die Mitglieder der roten Gewerkschaftsverbände, sondern auch die in Erwerbslosengruppen bei den Stempelstellen vereinigten Erwerbslosen umfassen soll, und erst recht gering gemessen an dem Millionenheer der Gewerkschaften. Obwohl ausgesprochene Massenorganisation, ist die KGD damit noch kleiner als die kommunistische Partei.“

In der betreffenden Zeitschrift wird weiter auseinandergesetzt, daß die Anziehungskraft der KGD in der Regel um so stärker ist, je weniger sie Gelegenheit zur Erprobung ihrer Arbeit in der Praxis hat. Die neu geschaffenen roten Gewerkschaften seien ein ständiges Sorgenkind der KGD. Der größte Teil ihrer Einnahmen ginge für die Verwaltung drauf, so daß für Aktionen kein Geld vorhanden sei. Außerst kenntnisreich werden dann die Mißerfolge der KGD bei den großen Wirtschaftskämpfen geschildert. Bei der Beendigung des Berliner Metallarbeiterstreiks seien die KGD-Anhänger die ersten gewesen, die in die Betriebe strömten. Bei dem Bergarbeiterstreik sei die KGD hinter den Gewerkschaften hergelaufen. Aus alledem wird folgender Schluß gezogen:

„Mit ihrer neuen Gewerkschaftspolitik ist die KGD bisher eben daran gescheitert, daß sie den Wirtschaftskampf der Arbeiterschaft nicht als gewerkschaftlichen und mit gewerkschaftlichen Mitteln führen will, sondern als politisch-revolutionären. Für einen solchen Kampf war aber die deutsche Arbeiterschaft mit kleinen Ausnahmen bisher nicht zu haben, vielleicht nicht so sehr deshalb, weil sie die revolutionären Ideen mißbilligte, als weil sie sich bei nüchternen Betrachtung der Lage Vorteile materieller Art von der kommunistischen Politik nicht versprach.“

Im weiteren Verlauf des Artikels wird auf die wechselnden Parolen:

„Hinein in die Gewerkschaften und heraus aus den Gewerkschaften“ hingewiesen. Alles wurde veranlaßt, um die freie Gewerkschaftsbewegung zu schwächen.

„Diese Hoffnung war aber trügerisch, und so sieht man heute in der KGD zwischen zwei Stühlen und weiß nicht recht, wie man weiter verfahren soll.“

Das Blatt der Industrie- und Handelskammer im Ruhrgebiet faßt sein Urteil über die Tätigkeit kommunistischer Gewerkschaftspolitik folgendermaßen zusammen:

„Die bisherige Entwicklung der KGD ist, wie die Geschichte des Kommunismus in Deutschland überhaupt, der beste Beweis dafür, daß die große Masse unserer deutschen Arbeiter nicht daran denkt, sich in die von Moskau gewünschten revolutionären Abenteuer zu stürzen, solange ihre Lage nur einigermaßen erträglich ist. Das weiß die kommunistische Führung und ist daher mit allen erdenklichen Mitteln bestrebt, die wirtschaftliche und politische Macht in Deutschland zu verschärfen, um so eine hoffnungslose Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft zu erzeugen, aus der dann die Katastrophe kommen soll. In die Sprache des Kommunismus übersetzt, heißt das

„Organisierung der revolutionären Revolution“. Darin erblickt der Kommunismus heute seine große Aufgabe, zu deren Lösung er sich vor allem der Arbeit der KGD bedient; denn die Entscheidung — darüber ist man sich klar — wird letzten Endes in den Betrieben und durch die Betriebsarbeiterschaft fallen.“

Diesen Wahrnehmungen einer Unternehmerzeitschrift ist wenig hinzuzufügen. Sie entsprechen denen, die jeder Gewerkschaftsfunktionär zu machen in der Lage ist. Es ist nur schade, daß soviel Geld und Mühe nicht für, sondern gegen die eigenen Klassen-genossen verschwendet wird.

Ein treuer Freund der Gewerkschaften

Mit Lujo Brentano, der am 9. September gestorben ist, ist der letzte Kämpfer aus der Reihe der sozialpolitisch und sozialfortschrittlich eingestellten bürgerlichen Nationalökonomien dahingegangen. Die organisierte Arbeiterschaft hat ganz besonderen Anlaß, dieses Mannes zu gedenken, denn keiner seiner Mitarbeiter und Kampfgesossen hat so wie er vom Jahre der 70er Jahre bis in die allerletzte Zeit immer wieder seine Stimme erhoben, wenn Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung erörtert wurden und Gefahr drohte, daß die Öffentlichkeit eine einseitige, arbeiterfeindliche Stellung einnahm. Brentano wurde 1844 in Wschaffenburg geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie, die zwei Generationen vorher aus Oberitalien nach Deutschland gezogen war. Nachdem er 1867 mit einer Arbeit über Thinius' „Politik des Staat“, in der er bereits das Lohnproblem unteruchte, den Dokortitel erworben hatte, begleitete er ein Jahr später den bekannten Statistiker Engel auf einer Studienreise nach England. Die Frucht dieser Studienreise, also Brentanos Erstlingsarbeit: „Die Arbeitergilden der Gegenwart“ machte ihn nicht nur sofort bekannt, sondern ist noch heute nahezu 60 Jahre nach ihrem Erscheinen das Werk, an das viele Kreise denken, wenn sie den Namen Brentano hören.

Brentano hatte mit diesem Buche das Kernproblem der damaligen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung angefaßt. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre waren in Deutschland die ersten Gewerkschaften entstanden. Das wirtschaftliche Deutschland jener Zeit erlebte einen Aufschwung, der etwa mit der weltwirtschaftlichen Ausweitung in den Jahrzehnten vor dem Kriege zu vergleichen ist. Aus dem politisch zersplitterten Agrarland (Niederrhein) und in einigen anderen Gebieten neue Industrien wie der Maschinenbau aufkamen, wurde jetzt das große Industrieland. Es wurden mehr Menschen in die gewerbliche Arbeit hineingezogen, und die gewerblichen Betriebe wurden größer. Neben Handwerk und industriellem Kleinbetrieb entstand die Großindustrie, bei weitem nicht zu vergleichen mit unseren heutigen Riesenbetrieben, aber doch eine Entwicklung, die schon ihre ernsthaften Probleme brachte und vor allem die Arbeiterfrage entstehen ließ. In dieser Zeit des Werdens, in der weite Kreise unruhig und besorgt fragten, wohin diese dem deutschen Spießer neuen und ungewohnten Erscheinungen, wie Lohnkämpfe mit Arbeitseinstellung, noch führen sollten, zog Brentano, wie mancher andere, nach England. Die Englandreise spielte für die deutsche Wirtschaft damals eine ähnliche Rolle wie in den letz-

ten Jahren die Besichtigung des „amerikanischen Wirtschaftswunders“. Englands industrielle Entwicklung war ein halbes Jahrhundert älter, und es war wirklich das gegebene Studienland für Deutschland.

Der Verstorbene entdeckte in England die Gewerkschaften und beschrieb sie in englischer Sprache, bevor noch seine Arbeitergilden in Deutschland herauskamen. Mit deutscher Gründlichkeit vertiefte er sich sofort auch in ihr geschichtliches Werden und wurde damit — ähnlich wie die großen Rechtshistoriker vor ihm (Geist) — auch der in England anerkannte deutsche Forscher für englische Geschichte. Doch viel wichtiger als diese mit Recht berühmte wissenschaftliche Arbeit ist das, was Brentano über das Sachliche und Fachliche hinaus sah und lernte. Der Kampf der Gewerkschaften um ihre Anerkennung hatte in England bereits vor Jahrzehnten gespielt. Der Kampf um die Sozialpolitik war damals seit Jahrzehnten schon in vollem Gange. Die Not der 40er Jahre, der Kampf des Chartismus hatten nicht große, aber sehr rührige, bürgerliche Schichten auf die Not der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und das soziale Gewissen geweckt. Brentano kam in enge Fühlung mit diesen Sozialreformern und sah nicht nur den Manchestermann, der jede Staatseinnahme in die Wirtschaft ablehnte, sondern auch seinen Gegner. Für ihn war nicht das England der Praxis das Muster wie für den deutschen Unternehmer, sondern das geistig kämpfende England, das sich von der Flachheit des Manchesterismus freimachte.

Diese englischen Erfahrungen bestimmten für die nächsten Jahre sein Wirken und wohl darüber hinaus seine gesamte Persönlichkeit. Die aufstrebende deutsche Industrie war freihändlerisch, denn sie wollte selbst exportieren, genau so wie die deutsche Landwirtschaft freihändlerisch war, als der Export nach England bei ihr eine Rolle spielte. So nahm die deutsche Industrie mit Wonne die englische Freihandelstheorie auf. Aber die deutsche Industrie nahm mit eben solcher Wonne die Anwendung der Freihandelslehre auf die Sozialpolitik auf: freies Spiel der Kräfte, keine Sozialpolitik, kein Einmischen des Staates in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gegen diese falsche Nachahmung von Englands Praxis durch Interessenten, die sich dafür fälschlich als fortschrittlich frisierten, empörte sich Brentano. Er war Freihändler, er gab für Deutschland die klassische Formulierung der Gründe für den Freihandel. Er blieb auch Freihändler und kämpfte noch im Kriege und auch nach dem Kriege gegen den Gedanken der Autarkie, der von agrarischer Seite ja immer wieder propagiert wird. Brentano war niemals Sozialist. Er hat gegen Marx zeitweise mit großer Heftigkeit polemisiert. Er war unbedingter Anhänger privatrechtlicher Wirtschaft, aber er hatte von dem „freien Spiel der Kräfte“ und seinen

Wirkungen in England genug erlebt, um zwei Notwendigkeiten mit absoluter Klarheit und Deutlichkeit zu sehen. Erstens: von einem freien Spiel der Kräfte kann überhaupt erst die Rede sein, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und als Einheit mit dem Arbeitgeber unterhandeln, der in sich eine Koalition darstellt. Zweitens: der Staat ist berechtigt und verpflichtet einzugreifen.

Aus diesen Auffassungen heraus gründete Brentano 1872 mit einer Reihe anderer Hochschullehrer zusammen den „Verein für Sozialpolitik“ als die Organisation der Wirtschaftswissenschaftler zum Kampf gegen das Manchesterium. Aus diesen Ideen heraus schrieb er bereits im folgenden Jahr über das Schlichtungswesen, wie wir heute sagen, über die „Einigungsämter“, wie man es damals nannte. Ein paar Jahre später begann er seine grundlegenden Arbeiten über Arbeitslohn und Arbeitszeit, mit denen er für Jahrzehnte der wichtigste wissenschaftliche Helfer der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wurde. Aus diesem Geist heraus stand er bei dem Kampf um die Zuchthausvorlage seinen Mann, kämpfte er für die Aufhebung des Ausnahmestandes, das der § 153 der Gewerbeordnung gegen streikende Arbeiter geschaffen hatte. So sehr Brentano Forscher und Gelehrter war, so sehr war er auch Kämpfer und blieb es bis in sein hohes Alter. Auch in den letzten Jahren war er stets zur Stelle, wenn die Arbeiterschaft neue Angriffe abzuwehren hatte. So trat er auf den Plön, als die deutschen Sozialpolitiker unter dem Einfluß der Inflation ihre Stellung gegenüber Gewerkschaften und Sozialpolitik änderten, und schließlich trat er vor zwei Jahren demonstrativ aus dem Verein für Sozialpolitik aus, weil er dessen jegige Stellung zu den sozialen Fragen nicht teilen konnte.

Bei all dieser Wirksamkeit ist Brentano niemals nur Sozialpolitiker gewesen. Er wurde vielmehr in der Presse mit Recht als der letzte klassische Nationalökonom gefeiert. Er ist auch als Sozialpolitiker stets Nationalökonom geblieben. Seine sozialpolitische Wirksamkeit ging nicht aus dem guten Hergehen hervor, sondern aus wissenschaftlicher Erkenntnis. Deshalb blieb er ihr auch treu, als die Stimmung der deutschen intellektuellen Mittelschichten sich von der Sozialpolitik abwandte. Er sah den Wirtschaftskrieg als ein „Produktions- und Kulturproblem an, das den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bedingte“, wie es der Berliner Nationalökonom Bonn zu Brentanos 80. Geburtstag formulierte. Er war Freihändler, nicht um Konjunkturpolitik zu treiben, sondern weil er nur bei Freihandel niedrige Preise und hohe Reallohn geben sah. Und gerade weil er als Kämpfer nur aussprach, was er als Forscher gefunden, hat er durch mehr als sechs Jahrzehnte seinen Mann im Kampfe stehen können. Dabei war er niemals veraltet, sondern stets aktuell und

Gemeinsame Vorstands- und Ausschuss- sitzung

Am 19. September 1931 fand im Leipziger Volkshaus eine gemeinsame Vorstands- und Ausschusssitzung statt, in der alle akuten Organisationsfragen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Zunächst gab der Verbandsvorsitzende, Kollege Winkler, ein anschauliches Bild der gegenwärtigen Beschäftigungs- und Organisationsverhältnisse, sie in Vergleich stellend zu den Verhältnissen im Jahre 1928. An Hand reichen, allen Sitzungsteilnehmern vorgelegten Zahlenmaterials legte er dar, daß in 22 mit Angestellten versehenen Bezirken (nicht Gauleitungen) jetzt 64 Prozent weniger Beschäftigte vorhanden sind als im Jahre 1928. Kein Wunder, daß sich in diesen Bezirken die Mitgliederzahl um 30 Prozent verminderte, wenn auch noch viele unorganisierte, in Arbeit stehende Kollegen zu gewinnen sind. (Nach einer allgemeinen Erhebung sind 40 Prozent der Beschäftigten unorganisiert.)

Angehts der allgemeinen ungünstigen Verhältnisse kommt es dem Vorstand darauf an, nicht nur den notleidenden ausgesteuerten Mitgliedern Erleichterungen in der Aufrechterhaltung ihrer Verbandszugehörigkeit zu verschaffen, sondern auch den auf „dem Trocknen“ angelangten Ortsverwaltungen das Allernotwendigste zur Fortführung der Verbandsgeschäfte zu gewährleisten. 117 Zahlstellen waren ohne Lokalbestand, von denen die meisten bereits ein mehr oder weniger hohes Defizit zu verzeichnen hatten. 103 Zahlstellen hatten einen Lokalbestand unter 10 RM., auch sie standen also schon kurz vor dem Nichts. Wie weit bitterste Not schon in die Kreise arbeitsloser Kollegen eingezogen ist, zeigt eine andere Statistik. Von bisher erfaßten 2147 Arbeitslosen bezogen 7891 = 37,3 Prozent Arbeitslosenunterstützung, 6604 = 31,2 Prozent Krisenunterstützung, 4845 = 22,9 Prozent Wohlfahrtsunterstützung und 1807 = 8,6 Prozent keine Unterstützung.

Im Namen des Verbandsausschusses äußerte sich dessen Vorsitzender, Kollege Elsner, Dresden, und forderte u. a. äußerste Einschränkung und Sparsamkeit auf allen Gebieten. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die übrigen Mitglieder des Verbandsausschusses, während von verschiedenen Vorstandsmitgliedern (besoldeten und unbesoldeten) darauf hingewiesen wurde, daß auch bisher schon größte Sparsamkeit geübt wurde und daß die Angelegenheiten des Verbandes auch vor persönlichen Opfern (10prozentiger Gehaltsverzicht auf die Dauer eines halben Jahres zugunsten der Unterstützungsanstalten des Verbandes) nicht zurückbeugen.

Das Ergebnis der eingehenden Aussprache war die Annahme folgender Entschlüsse:

I.
In Anbetracht der Dauerkrise wird den Lokalverwaltungen vorübergehend, und zwar von der 40. Beitragswoche 1931 bis zur 13. Beitragswoche 1932 neben dem statutarischen Lokalaufschlag die vollen Beitragsmarken ein Lokalaufschlag auf die Arbeitslosenmarken in Höhe von 5 Pf. pro Erwerbslosenmarken als besonderer Verwaltungszuschuß gewährt.

Ferner sind die Erwerbslosen, die von der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung aussteuern, von der 40. Beitragswoche 1931 bis zur 13. Beitragswoche 1932 vom Abheben der Erwerbslosenmarken (einschließlich des Beitrages für die Invalidenunterstützung) befreit, vorausgesetzt, daß sie ihre Beiträge bis zur 39. Woche 1931 ordnungsgemäß entrichtet haben.

Im Falle der von der Reichsregierung verheißenen Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung findet die Entschlüsselung durch vom Verbandsvorstand noch zu erlassende Bestimmungen angemessene Anwendung auf die am schlechtesten gestellten Kollegen.

Von den beitragspflichtigen Kollegen, insbesondere von den in Arbeit stehenden, wird erwartet, daß sie mit Rücksicht auf den entsetzlichen Ausfall an Beiträgen ausgesteuerten Kollegen mit um so größerem Eifer ihre Verbandspflichten erfüllen. Dazu gehört nicht nur pünktliche und dem Verdienst entsprechende Beitragsleistung, sondern auch die Werbung aller noch in Arbeit stehenden unorganisierten Kollegen.

Nur durch den Zusammenschluß aller berufstätigen Kräfte sind wir in der Lage, die Interessen aller Berufskollegen erfolgreich zu vertreten und die Aktionsfähigkeit des Verbandes auch über die schwersten Zeiten hinweg aufrecht zu erhalten. Der kommende Wiederaufstieg muß uns gerüstet vorfinden.

II.
Auf Anregung des Redakteurs wird im Hinblick auf notwendige Sparmaßnahmen im Verbands, bedingt durch die Be-

stets ein Kämpfer aus der Gegenwart. Mit Brentano ging ein treuer Freund der Arbeiter von hinnen. Selten hat ein bürgerlicher Volkswirtschaftler den Wert der Gewerkschaften so erkannt und verteidigt wie er. Deshalb wird der Mann und sein Wirken in der Geschichte der Arbeiterbewegung fortleben.

Dr. Th. Cassau.

Spart!

Der liebe Mammon reicht nicht mehr,
Man spart an allen Ecken,
Es muß sich heut' der arme Mann
Arg nach der Decke strecken.

Der arme, leider ist es so,
Da gibt es kein Erbarmen,
Man kürzt das Unterstützungsgeld
Der Vermissten aller Armen.

Oh Wohlfahrt, Krise, oh Mu,
Das ist ganz gleich am Ende,
Man kürzt mit aller Seelenruh
Sogar die Krüppelrente.

Gehälter, Löhne spart man ein,
Die Arbeitskraft wird billig,
Tarifverträge? Muß das sein? —
Die Not macht „arbeitswillig“.

Die Lehrer werden abgehaut,
Da spart man Millionen,
Obs jemand schadet, fragt man nicht,
Genug, es soll sich lohnen.

Das Sparen ist schon zur Manie
Im deutschen Reich geworden,
Doch in gewissen Kreisen spart
Man leider nur in Worten.

Es gibt noch Gold im Heberfluß
Und Heberfluß an Waren,
Die man gerecht verteilen muß,
Dann braucht man nicht zu „sparen“.

Suldreich.

rufsverhältnisse, beschlossen, ab 1. Januar 1932 die illustrierte, monatliche Technische Beilage in der bisherigen Aufmachung vorläufig nicht mehr herauszugeben, wodurch dem Verbands jährlich zirka 10 000 RM. erspart werden. Als Ersatz für die in der Technischen Beilage behandelten berufswichtigen Angelegenheiten wird im „Steinarbeiter“, ohne ihn zu erweitern, ab 1. Januar 1932 Raum geschaffen.

Ferner wurde der Vorstand verpflichtet, die Frage der Verringerung der Angestelltenzahl ernstlich zu prüfen und entsprechend zu handeln. Bezüglich der Invalidenunterstützung bestand Einvernehmen darüber, daß zur Anwartschaft nur die vor Eintritt der Invalidität geleisteten vollen Beiträge zählen, ebenso daß die Unterstützung vom Tage des Rentenbezuges gewährt wird, wenn die Rückwirkung nicht über 3 Monate beträgt. Bei später einlaufenden Anträgen gilt der Tag der Antragstellung.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die an lebhaften Auseinandersetzungen reiche Sitzung im besten Einvernehmen geschlossen.

Ihre im vorstehenden mitgeteilten, sehr wichtigen Beschlüsse, worüber den Zahlstellenleitungen noch durch Rundschreiben Näheres übermittelt wird, finden ihre natürliche Ursache in den vom Verbandsvorsitzenden dargelegten Mitgliedern, Berufs- und Organisationsverhältnissen. Die Beschlüsse werden sicherlich zustimmenden Widerhall im Kreise der aktiven Verbandsmitglieder finden.

Düsseldorf. Am 5. September fand hier eine außerordentliche Versammlung der Zahlstelle statt. Anlaß war die Kündigung des letzten Lohnabkommens für Bausteinmehren und Grabmalbranche durch die Arbeitgeber. Ferner war eine kleine Feier zu Ehren unserer beiden Jubilare Hermann Lennarz und Karl Dittmann vorgesehen. Die uns von den Unternehmern am 1. Juni aufgezwungene Lohnkürzung ging diesen nicht weit genug; sie haben deshalb am 31. September gekündigt, um das Verfallene nachzuholen. In der Hoffnung, der vor der Tür stehende Winter werde die Kollegen schon einschüchtern. Die Kollegen sind aber nicht geneigt, sich ins Bodstorn jagen zu lassen, sondern gewillt, die Positionen zu halten. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, beglückwünschte unser Vorsitzender Joseph Koch die beiden Jubilare und überreichte im Namen der Zentrale jedem ein Diplom sowie ein Buch „Legien“ von Leipzig. Auch dankte der Vorsitzende den Jubilaren für ihre dem Verbands bewiesene Treue und ermahnte die jüngeren Kollegen, dem Beispiel zu folgen. Gleichzeitig wurde erwähnt, daß die Zahlstelle Düsseldorf vor 25 Jahren nach einem viertägigen Streit den ersten Lohn- und Arbeitstarif abgeschlossen hat. Das war damals eine schöne Leistung im schwarzen Rheinland. Die anschließende kleine Feier hatte der Vorstand so arrangiert, daß es den arbeitslosen Kollegen auch möglich war, daran teilzunehmen. Hier zeigte sich wieder die traditionelle Solidarität der Steinmehren. Daß die Stimmung eine gehobene wurde, ist nicht zum kleinsten Teil unserem humorvollen Kollegen Jean Brüssel zu verdanken, der es verstand, die Launen der Kollegen in Bewegung zu halten bis nach Mitternacht. Daß auch verschiedene alte Steinmehreler geschmettert wurden, ist ja selbstverständlich; gemühtlich war's doch!

Verbandstreue

Im „Steinarbeiter“ wurden bisher immer die Namen jener Kollegen veröffentlicht, die 25 Jahre und noch länger ununterbrochen dem Verbands resp. einer gewerkschaftlichen Organisation überhaupt angehören. Die größeren Zahlstellen, die seit unserer Organisationsgründung zum eisernen Organisationsbestand zählen, haben sich wegen der Vielheit ihrer Jubilare von solchen Veröffentlichungen stets zurückgehalten, so unter anderem die Zahlstellen Striegau und Berlin. Wir versuchen, das heute etwas nachzuholen, tun es sogar recht gern, unbekümmert um die Vielheit der Namen.

In Striegau kommen 208 Jubilare in Frage, davon sind 84 über 28 Jahre, 31 über 27 Jahre, 26 über 26 Jahre und 67 sind über 25 Jahre treues Verbandsmitglied. Das ist eine stattliche Zahl, auf die der Verband besonders in der jetzigen trostlosen Berufsphase doppelt stolz sein kann.

Ueber 28 Jahre Mitglied des Steinarbeiterverbandes sind: Alfred Ahtzahn, Robert Baudach, Reinhold Beier, Gustav Becker, Franz Becker, Paul Beer, Gustav Bieder, Gustav Bühne, August Blümel, Paul Cosmo, Karl Daubenthaler, Ernst Dittmann, Wilhelm Engemann, August Engemann, Hermann Engel, Reinhold Ernst, Hermann Elsner, Oswald Elsner, Gustav Fellenz, Alfons Fuhrmann, Heinrich Frieze, Bruno Glatic, Paul Grundmann, Hermann Günther, Heinrich Göbel, Franz Hackenberg, Paul Hamann, Paul Haring, Wilhelm Haude, Hermann Häsler, Paul Härtel, Adolf Hentschel, Richard Käthner, Heinrich Kämmer, Richard Koch, Paul Koch, Heinrich Kilian, Gustav Kilian, Paul Kolmich, Johann Klose, Hermann Klenner, August Knorn, Gustav Krause, Paul Langer, Josef Lachmann, Paul Lindner, Hermann Lissel, Adolf Mai, Ernst Mai, Franz Menzel, Gustav Müller, Heinrich Neumann, Oswald Ohlig, Wilhelm Pietsch, Heinrich Prenzel, Paul Puder, Theodor Rupprecht, Heinrich Sachmann, Franz Seewald, Albert Seewald, Emil Süssenbach, Paul Scholz, August Scholz I, August Scholz II, Berthold Schöpe, Oswald Schmidt, Hermann Schubert, Alfred Schlausch, August Schramm, Heinrich Sperling, Heinrich Steinbrecher, Hermann Strizke, Gustav Tike, Reinhold Tike, Hermann Trautmann, Paul Tralls, August Teuber, Franz Urhannet, Karl Vogt, Heinrich Walter I, Heinrich Walter II, Albert Weiner, August Weiß, Johann Kaufmann.

Länger wie 27 Jahre sind Mitglied unseres Verbandes: Wilhelm Barthel, Hermann Bartsch, Oskar Bieker, Paul Deutschmann, Richard Fiebiger, Karl Fiedler, Rudolf Glumbek, Hermann Kleinert, Hermann Krug, Hermann Langer, August Mai I, August Mai II, Paul Mollig, August Raabe, Ernst Raupach, Ernst Rose, Adolf Reimann, Hermann Ritig, Hermann Riller, Hermann Radewagen, August Seeliger, Gustav Schremmer, Richard Schlausch, Gustav Staude, Wilhelm Tike, Richard Tropp, Oskar Trautmann, Fritz Vogt, Friedrich Winkler, Paul Neugebauer, Heinrich Winkler.

Länger wie 26 Jahre sind Mitglied unseres Verbandes: August Ahtzahn, Karl Bera, Hermann Büttner, Gustav Bänisch I, Hermann Bunke, Wilhelm Feist, Theodor Fuchs, Hermann Gibowitsch, Heinrich Heiber, Max Hundt, August Jung, Alfred Kirsch, Josef Kramer, Oswald Menzel, August Mißig, August Radewagen, Heinrich Reichelt, Heinrich Rohner I, Reinhold Rösler, Hermann Schöber, Max Schike, Gustav Schubert, Gustav Wolz, Wilhelm Winkler, August Wöiton, Theodor Wöiton.

Länger wie 25 Jahre sind Mitglied in unserem Verbands: Paul Anders, Robert Anders, Wilhelm Alt, Oswald Arnold, Alfred Böhm, Paul Böhm, Hermann Binner, Wilhelm Bruste, Hermann Brückner, Heinrich Döring, Max

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gau 2. Vor Arbeitsaufnahme bei der Firma Joseph Dittrich, Marmor- und Granitwerke Borkendorf, Kreis Neisse (O.-S.), wird gewarnt. Die Firma ist außerstande, die Löhne zu bezahlen!

3. Gau. In Rodewitz versucht die Firma Johann Petasch, Granitsteleiferei, mit allen Mitteln die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

7. Gau. In Schwarzenbach (Oberfr.) ist die Firma Morgener & Schörner wegen Maßregelung gesperrt.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmehren im Lohnkampf.

Laufen (Schweiz). Die Firma Cueni u. Cie., Steinbrüche in Laufen, hat einen Teil der Steinhauerarbeiten für den Volkserbundsplatz im Genf übernommen. Allerdings zu ganz niedrigen Preisen, auf die jeder andere Unternehmer verzichtete, die Arbeit zu übernehmen. Mit den eigenen Steinhauern konnten diese Arbeiten nicht ausgeführt werden und wurde deshalb an die Behörde das Gesuch gestellt, es möchte die Erlaubnis für Einreise von 150 italienischen Steinhauern gestattet werden. Diesem wurde ohne weiteres entsprochen. Dem kantonalen Arbeitsamt in Bern wurde mitgeteilt, daß ein Akkordlohn von 1,50 bis 2,50 Frank pro Stunde bezahlt werde. Im Arbeitsvertrag mit der italienischen Emigrationsbehörde wurden folgende Löhne vereinbart: Minimum 1,50 Frank. Als dann die ersten 30 Steinhauer kamen, wurden sie mit 1 bis 1,45 Frank im Akkord entlohnt. Die Betreffenden legten die Arbeit nieder; denn zu solchen Schandlöhnen wollen sie nicht noch im wilden Akkord arbeiten. Der Vertreter der Firma, Herr Jermann, versprach dann der Kommission als Minimum 1,50 Frank zu bezahlen und demgemäß die Löhne zu erhöhen. Als dann einige Tage später zwei Vertreter der R. Configniere Superiore della Emigrazione Bern bei ihm vortrafen, versicherte er, die gleichen Sätze zu bezahlen. Die Firma hat nicht Wort gehalten. Bei einer nur flüchtigen Untersuchung haben wir festgestellt, daß am 29. Juli 7 Mann und mehr unter 1,50 Frank bezahlt werden, und das alles im Akkord, wobei die Preise willkürlich gemacht werden. Der Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz hat beschlossen, den Steinbruch Cueni & Cie. so lange zu sperren, bis die gegebenen Versprechungen auch eingehalten werden. Kein deutscher Steinhauer werde zum Sperrbrecher. Leider sind in den letzten Wochen wieder 6 deutsche Steinmehren reingefallen.

Dresdner, August Fichtner, Wilhelm Freitag, Wilhelm Gärtner, Valentin Gibowitsch, Reinhold Gibowitsch, Karl Glatte, August Glaker, Paul Glaker, Hermann Graf, Konrad Grimme, Robert Härtel, Fritz Heier, Josef Herden, Karl Hilbig, Oswald Jentich, Wilhelm Kardaube, Heinrich Kämmer, Heinrich Kirchner, Hermann Kirchner, Hermann Klenner, August Kranz, Paul Kunzendorf, Gustav Leber, August Leuschner, Rudolf Leopold, August Lorenz, Alfred Magelt, Gustav Polte, Georg Pfortner, Heinrich Raabe, Heinrich Reimann, Hermann Riemer, August Riemer, Hermann Seeliger, Robert Seidel, Hermann Suhr, Hermann Süssenbach, Gustav Schenk, Robert Scholz, Hermann Scholz, Wilhelm Scholz, Adolf Schöber, Gustav Schlausch, Heinrich Schubert, August Schwarzer, Hermann Schwarz, Gustav Strizke, Heinrich Tschenschner, Alfred Wagner, Paul Winter, Wilhelm Wörbs, Oskar Böer, August Wilde, Wilhelm Krikke, Robert Werner, Gustav Leinfels.

In Berlin: Adam Kolz, Hugo Schwarz, Rudolf Ordon, Otto Hünze, Paul Kolus, Christian Meyerhofer, Otto Rümmler, Karl Drews, Otto Graßmann, Otto Burde, Leopold Schröder, Adolf Albert, Hermann Blankenburg, Alwin Schmidt, Heinrich Bramschreiber, Albert Schröder, Karl Prior, Willi Herold, Karl Stammen, Berthold Lache, Georg Weberuf, Paul Geisler, Wilhelm Geisler, Rudolf Steffen, Reinhard Kiehl, Richard Krüger, Gustav Anhoff, Hermann Bod, Willi Dieckner, Hermann Hoppe, Richard Weigt, Alfred Köhl, Richard Staffeldt, Erhard Müller, Paul Lippert, Gustav Eichendorff, Gustav Schwarze, Wilhelm Damm, Fritz Grobler, Gustav Ramm, August Lachmann, Otto Lutter, Hugo Müde, Christian Steding, Paul Kolz, Hermann Höhler, Otto Kappa, Ernst Henke, Hugo Petras, August Orłowski, Paul Stolz, Max Koch, Karl Däschel, Friedrich Frenngang.

In Breslau I: Fritz Barth.
In Dreihäufen: Konrad Sohl.
In Düsseldorf: Hermann Lennarz, Karl Dittmann.
In Eisenberg: Gustav Heineke.
In Elgershausen: Hermann Pilgram.
In Köln: Anton Dieck.
In Ohlau: Karl Simmon.
In Wilhelmshaven: Johann Albers, Martin Mingen.

Insgesamt sind es vorstehend 272 Verbandsmitglieder, die in schwerer und heftiger Zeit ihren gewerkschaftlichen Grundätzen trotz vieler Widerwärtigkeiten treu geblieben sind. Sie werden das natürlich auch fernerhin. Unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung im Rahmen des ADGB, und im besonderen unser engerer Verband — das sind ja alle die vielen ungenannten treuen und rüchgräftesten Steinarbeiter und Steintrafenbauarbeiter — kann mit großer Freude und Genugtuung auf all die Jubilare blicken, die nur zum Teil Monat für Monat an dieser Stelle zur Veröffentlichung gebracht werden. Ihnen allen gilt unser Gruß und der sehnlichste Wunsch, daß es mit der Arbeitsgelegenheit bald besser werden möchte.

„Treue um Treue!“ gehört zum Fundament unserer gewerkschaftlichen Vereinigung, das in viel schwererer Zeit wie heute gelegt wurde, wir alle wollen das niemals vergessen und trotz der dunklen Gegenwart dennoch mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen. Not und Unterdrückung und der unerlöschliche Glaube am sozialistischen Werden hat uns im Verbands vereinigt und zusammengeführt, hat uns dadurch zum Erfolg zu Erfolg geführt. Die Jubilare vor allem wissen das aus der langen Zeit ihrer Mitgliedschaft, möge es auch Allgemeinut unseres von allen Seiten bestürmten und irregemachten Nachwuchses werden.

Abrechnung der Haupt- und Lokalkassen vom 2. Quartal 1931

| Einnahmen | Für die Hauptkasse | | Für die Lokalkasse | |
|---|--------------------|-------------------|--|-------------------|
| | Mark | Mark | Mark | Mark |
| An Eintrittsgeld | 1 137,60 | — | Für Gauleitungen und Agitation | 46 337,78 |
| „ Beitragsmarken | 209 125,— | — | „ Bezirksleitungen und Agitation | 38 942,23 |
| „ Erwerbslosenmarken | 27 312,30 | — | „ Agitation des Verbandsvorstandes | — |
| „ Beiträgen zur Invalidenunterstützung | 51 534,90 | — | „ und der Zahlstellen | 4 785,32 |
| „ Lokalbeiträgen | — | 50 963,80 | „ Lohnverhandlungen durch den Ver- | 3 473,16 |
| „ Lokalausschlägen | — | 12 552,05 | „ bandsvorstand | — |
| „ geliefertem Material für d. Zahlstellen | 336,20 | — | „ Tarifamtstiftungen und Verhand- | 1 721,75 |
| „ Abonnements und Inseraten | 1 535,— | — | „ lungen, Bezirks- und Lohnstarife | 5 584,92 |
| „ Zinsen | 38 983,35 | — | „ Streikunterstützung | 64 372,50 |
| „ sonstigen Einnahmen | 9 729,98 | 13 924,53 | „ Gemahregeltenunterstützung | 9 300,30 |
| „ Ausgleich der à conto-Zahlungen | 9 540,12 | 28 554,17 | „ Umzugsunterstützung | 90,— |
| | | | „ Erwerbslosenunterstützung am Ort | 24 913,10 |
| | | | „ Erwerbslosenunterstützung auf der | 218,30 |
| | | | „ Reife | 2 361,55 |
| | | | „ Erwerbslosenunterstützung bei Krank- | 8 005,60 |
| | | | „ heit | 15 153,— |
| | | | „ Notfallunterstützung | 2 750,— |
| | | | „ Invalidenunterstützung | 2 040,65 |
| | | | „ Sterbeunterstützung | 58 778,— |
| | | | „ Rechtschutz | 5 289,— |
| | | | „ Verbandszeitung | 1 358,20 |
| | | | „ Bücher, Zeitschriften und Zeitungen | 5 209,88 |
| | | | „ Kulturbeitrag und Unterrichtsurje | 34 067,— |
| | | | „ Konferenzen und Delegationen | 380,62 |
| | | | „ Bundesbeitrag | 3 095,90 |
| | | | „ Verwaltungsstellen (persönliche) | 1 654,25 |
| | | | „ Verwaltungsstellen (sachliche) | 9 280,46 |
| | | | „ Beiträge an Ortsausschüsse und Kar- | 3 883,60 |
| | | | „ telle | 29 742,97 |
| | | | „ Beiträge an Gau- u. Bezirksleitungen | 26 434,22 |
| | | | „ sonstige Ausgaben | 16 459,33 |
| | | | „ Ausgleich der à conto-Zahlungen | — |
| | | | | 8 969,85 |
| | | | | 3 860,78 |
| | | | | 10 848,63 |
| | | | | 9 540,12 |
| Gesamteinnahmen: | 349 234,45 | 105 994,55 | Gesamtausgaben: | 393 885,28 |
| | | | | 115 735,64 |

Zusammenfassung:
 Hauptkasse: Gesamteinnahmen 349 234,45 Mk., Gesamtausgaben 393 885,28 Mk., Mehrausgaben 44 650,83 Mk.
 Lokalkassen: Gesamteinnahmen 105 994,55 Mk., Gesamtausgaben 115 735,64 Mk., Mehrausgaben 9 741,09 Mk.

Geprüft und für richtig befunden
 Leipzig, den 26. August 1931.
 Die Revisoren:
 gez. Max Scholich, Alfred Oswald, Kaver Strahberger.

Briefkasten

„40-Stunden-Woche“? Du hast recht, durch einige Tageszeitungen läuft die Notiz, daß die Unternehmer der „Kalksteinindustrie“ durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften die 40-Stunden-Woche einführen wollen. Diese Notiz ist aber falsch! Denn es handelt sich hier um „Kalksandstein“, also um einen Teil des Kunststeingewerbes, vereinigt im „Arbeitgeberverband der Kalksandsteinindustrie Nordmark“. Dieser hat mit dem Fabrikarbeiterverband am 28. Juli schon u. a. beschlossen: „Die regelmäßige Arbeitszeit in der Kalksandsteinindustrie beträgt 40 Stunden wöchentlich.“

Daß Du als alter Praktiker auf den Gedanken kommen konntest, diese Vereinbarung betreffe Arbeitgeber in der Natursteinindustrie, ist wirklich zu ungerecht; denn unsere Arbeitgeber hinken in jeder Sache, die einen sozialen Anstrich hat, immer hinterher. Nur bei reaktionären Maßnahmen marschieren sie nicht nur in vorderster Reihe, sondern sind sogar bestrebt, die Spitze zu halten; das war schon vor 30 Jahren so und hat sich nicht geändert.

X. Rentenauszahlung durch die Post. Trotz aller Vorsicht ereignen sich doch immer wieder Fälle, in denen Unberechtigte die Rente in Empfang nehmen. Nachdem die Quittung abgegeben worden ist, vergeht bei größerem Andrang mitunter allerhand Zeit, ehe die Auszahlung erfolgt. In einem sächsischen Ort entfernte sich eine Invalidentrentnerin nach Abgabe der Quittung vor der Auszahlung, weil es ihr unwohl wurde und sie frische Luft schöpfen wollte. Als sie zurückkehrte, mußte sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß während ihrer Abwesenheit das Geld von einem Dritten widerrechtlich abgehoben worden ist, der sich bei Namensaufruf meldete. Er hatte sicher den Vorfall beobachtet und sich auf diese wenig ehrenhafte Weise die letzten Groschen einer invaliden Witwe ergaunert. Leider ist weder gegen die Post noch gegen die Landesversicherungsanstalt ein Anspruch gegeben, sondern das Geld ist unwiederbringlich verloren. Es sei äußerste Vorsicht empfohlen.

Ziegel. Ob der Arbeitslose vom Arbeitsamt beurlaubt werden kann? Ja! Diese anfänglich streitige Frage ist entschieden worden. Bringt ein an sich unterstützungsberechtigter Arbeitsloser gegenüber dem Arbeitsamt hinreichend deutlich zum Ausdruck, daß er eine Zeitlang die Arbeitslosenunterstützung nicht beziehen wolle, und ist das Arbeitsamt ausdrücklich oder stillschweigend damit einverstanden, so rechnet diese Zeit nicht in die Dauer des Unterstützungsbezuges ein. Der Arbeitslose kann auch für eine bestimmte Zeit durch das Arbeitsamt von der Erfüllung der Meldepflicht befreit werden.

Rundschau

52 Milliarden Weltgoldbestand, davon 58 Prozent in Amerika und Frankreich. Die Verteilung des Weltgoldbestandes gibt ein lehrreiches Bild über die Art und den Umfang der Krise. Während in sechs Ländern, die als Gläubigerländer bezeichnet werden können, in den beiden letzten Jahren der Bestand von 29,27 auf 35,20 Milliarden Mark anwuchs, hat er sich gleichzeitig in den übrigen Ländern (abgesehen von Rußland) von 17,96 auf 15,30 Milliarden Mark vermindert. Die sechs Länder sind Frankreich, die Schweiz, Großbritannien, Schweden, Holland und die Vereinigten Staaten. In diesen Ländern, in denen sich also fast 70 Proz. des gesamten Goldbestandes der Erde befinden, wohnen gegenwärtig etwa 224 Millionen Menschen, d. h. nicht viel mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung. Sämtliche übrigen Länder also, die annähernd sieben Achtel der Bevölkerung der Erde umfassen, haben insgesamt nicht mehr als 30 Prozent des Goldbestandes. Unter diesen Ländern bildet Sowjetrußland eine Ausnahme; seine Goldbestände sind von 391 Millionen Mark Ende Juni 1929 auf 1098 Millionen Mark Ende Juni 1931 gestiegen.

Von der angegebenen Gesamtmenge entfielen 20,78 Milliarden Mark Gold auf die Vereinigten Staaten und 9,28 Milliarden Mark auf Frankreich. Das sind zusammen für diese beiden Länder rund 58 Prozent des gesamten Goldbestandes der Erde.

Im Verlaufe des letzten Halbjahres hat sich der Goldbestand der Vereinigten Staaten um nicht weniger als 1,5 Milliarden Mark vermehrt, der französische stieg um fast eine halbe Milliarde Mark, der britische um mehr als 300 Millionen, der niederländische nahm um 120 und der schweizerische um über 100 Millionen Mark zu. Gleichzeitig hat sich der deutsche Goldbestand um rund 800, der kanadische um etwa 150, der argentinische um über 250 Millionen Mark vermindert.

Die Zentralisierung des Goldbestandes auf einige wenige Länder entspricht der Kapitalkraft dieser Länder und ihrer gewaltigen, aber in der Gegenwart nicht ausgenutzten Fähigkeit zum Kapitalexport. Die französische und die amerikanische Finanzschewen zur Zeit das Risiko, größere Kapitalien in kapitalarmen Ländern anzulegen, so daß sich dort naturgemäß das Gold, das von den Zentralnotenbanken nicht gekauft würde, wenn die vorhandenen Kapitalien anderweitig Verwendung finden würden, immer mehr anhäuft. Gerade diese übermäßige Vorsicht der kapitalkräftigsten Länder verschärft jedoch die Krise immer mehr; parallel zu dem Verzicht dieser Länder auf Kapitalexport wachsen Kredit- und Finanznot in der übrigen Welt.

Antreiber und Menschenhinder. „In der illustrierten Beilage einer Tageszeitung fanden wir in diesen Tagen ein Bild, das eine Arbeitergruppe darstellt, die eine auf 45 Tage berechnete Arbeit in 22 Tagen geleistet hat. Welchen „Antreibern“ und „Ausbeutern“ muß diese Arbeitergruppe ausgeliefert sein? So wird doch jeder Sozialist und noch viel mehr jeder Kommunist fragen, wenn er diese Nachricht liest. Wo fand sich das Bild? In der Beilage der „Roten Fahne“. Stolz stehen unter dem Bilde folgende Worte: „Sozialistischer Aufbau im Sturmtempo. Eine Tiffiter Betonarbeiter-Stoßbrigade schaffte ihr Pensum statt in 45 in 22 Tagen.“ Diese bolschewistische Antreibersystem, das auch noch „Stoßbrigaden“ verwendet, um aus den Arbeitern das Meiste herauszuholen, wird von der kommunistischen Presse in Deutschland verherrlicht. In diesem Notiz finden wir in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. In diesem Falle stimmen wir so ziemlich mit diesem Unternehmerblatt überein. Was die Kommunisten in Deutschland und in anderen Ländern verurteilen, wird zur höheren Ehre des Bolschewismus in viel schlimmerem Maße angewandt. Oh, diese Heuchler und Pharisäer!

Lungenerkrankungen in der französischen Pflastersteinindustrie. In der französischen Verzezeitung berichten drei führende Gewerbetreibende, daß Husten und Auswurf sich bei 80 Prozent, physische Zeichen einer Lungenerkrankung bei 60 Prozent, nur einige Fälle von Tuberkulose bei planvollen Reihenuntersuchungen fanden. Früher wurden alle Todesfälle als Tuberkulose, später vielfach auch als chronische Bronchitis erklärt.

Adressenänderungen

- 1. Gau: Brandenburg (Havel). Kass.: Karl Kaiser, Siedlung Klingenberg, Parzelle 49.
- 4. Gau: Hedersleben. Kass.: Walter Riefenstein jun., Magdeburger Straße 267.
- 11. Gau: Elstorf. Kass.: W. Marquardt, Eindorferrmoor, Bugthude-Land.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Achtung, Zahlstellentaffierer! Am 24. September 1931 wurden Abrechnungsformulare für das dritte Quartal 1931, Arbeitslosenzahlkarten und Lohnstatistikarten an die Zahlstellentaffierer versandt. Um sofortige Mitteilung wird gebeten, falls die Sendung nicht eingetroffen ist.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Aus dem 4. Gau. Bezirkskonferenz aus dem Regierungsbezirk Merseburg am 13. September im „Volkspark“ Halle. Vertreter von folgenden Zahlstellen waren erschienen: Altleben, Delitzsch-Bitterfeld, Eisleben, Eilenburg, Halle, Hettstedt, Könnern, Naumburg, Nebra, Querfurt, Torgau, Sangerhausen-Oberröblingen, Zabit, Zeitz, Jörbig, Weizsack und Wittenberg. Außerdem hatten die Bezirke: Anhalt, Magdeburg und Gera-Thüringen Vertretungen entsandt. — Das einleitende Referat über die Tarif- und Lohnpolitik des Verbandes und soweit der Straßenbau-beruf in Frage kommt, hatte der Gauleiter übernommen. Er behandelte in seinem Referat insbesondere die Auswirkungen der Tarifverträge in den Zeiten der Wirtschaftskrise, auch die Wohlfahrts-einrichtung (Ferien-einrichtung). Trotzdem höchstens 25 Prozent der Berufskollegen Beschäftigung fanden, konnten durch den guten Organisationsstand die Bestimmungen des Tarifvertrages hoch gehalten werden. Ausnahmen hat es leider auch gegeben, die noch scheinbar die beste Unterstützung durch die Verwaltungen der öffentlichen Hand“ vorfinden. Zu erwähnen sind die Straßenbau-firma Emil Schütz in Wittenberg und Otto Schärf in Arzberg bei Torgau. Letztere erlaubt sich sogar, ganz ausdrücklich den Lohn-vertrag abzulehnen! Und dabei hat diese Firma vom Kreise Torgau im laufenden Jahre sämtliche Straßensplasterungen übertragen bekommen! Auch die Notstandsarbeiten. Eheblich ungünstiger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der „sozialen Wohlfahrts-einrichtung“. 70 Prozent aller Firmen haben bis zur Stunde unterlassen, die fälligen Beiträge zu dieser Einrichtung an die vertraglich festgelegte Kassenstelle abzuführen. — Während das Referat kritisch entgegengenommen war, wurde in der Aussprache sehr scharf gegen die tarifbrüchigen Unternehmer Stellung genommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung kommt zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Verbandes verpflichtet werden, sich umgehend davon zu überzeugen, inwieweit ihre Unternehmer die tarifvertraglichen Bestimmungen erfüllt haben und soll mit allen gesetzlichen zulässigen Mitteln auf Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen hingewirkt werden. Im gegebenen Fall soll den kommunalen wie fiktalischen Auftraggebern aufgegeben werden, den tarifbrüchigen Steinseßfirmen, weil auch die Nichtabführung der Wohlfahrtsgelder, nahe an Unterschlagungen heranreichen, keine Arbeitsaufträge mehr zu übertragen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Lehrlingswesen“ referierte gleichfalls der Gau-leiter und ein Mitglied des Gesellenausschusses. Empörend war anzuhören, daß jetzt die Unternehmer daran gehen, die sowieso geringen Lohnsätze der Lehrlinge zu reduzieren. Um so empörender ist das, weil Lehrverträge vorliegen, in denen die Löhne für die Dauer des Lehrvertrages festgelegt sind. Allem Anschein kann das Steinseßgewerbe nur durch Senkung der Lehrlingslöhne vor dem Untergang bewahrt werden! Gerüchweise soll sogar der Magistrat der Stadt Halle, der als Aufsichtsbehörde für die Innungen fungiert, seine Zustimmung zur Senkung der Lehrlingslöhne gegeben haben. Der Gesellenausschuß hatte es selbstverständlich abgelehnt, eine Senkung der vereinbarten Lehrlingslöhne zuzulassen. Die Gauleitung hatte sich an den Magistrat der Stadt Halle gewandt. Auf eine Antwort wird noch heute gewartet. Aus der Aussprache war zu entnehmen, daß sich tatsächlich Unternehmer gefunden haben, so in Naumburg, in Zeitz und anderswo, die es fertig gebracht haben, die Lehrlingslöhne, trotz bestehendem Lehrvertrag zu kürzen. Eine weitere Anzahl solcher Lehrherren bringen es sogar fertig, ihren Lehrlingen die verdienten Löhne schuldig zu bleiben. Restlohnbeiträge von 70 bis 260 Mark kommen hierbei in Betracht. Selber leiden diese Lehrlingskinder, einige können auch als Lehrlingszüchter bezeichnet werden, keine Not. Aber dafür glauben sie ihre Lehrlinge als Hungerkünstler ausbilden zu können. Die Konferenz war darin einig, alle Lehrlinge sofort dem Verband zuzuführen und daß es dann Aufgabe des Verbandes sein muß, die Lehrlinge gegen solche Ausbeuter zu schützen. Im übrigen soll gegen die Gesetzesächter Klage eingeleitet werden. — Nach Erörterung besonderer beruflicher und organisatorischer Angelegenheiten, wie Entgegennahme von Kassenberichten usw., fand noch

eine Entschließung einstimmige Annahme, wonach die Konferenz sich mit aller Entschiedenheit dagegen wendet, daß die geldlichen Unterstützungen in der Arbeitslosen-Krisen-Wohlfahrtsfürsorgeunterstützung, durch Naturalien, Lebensmittelgutscheine und dergleichen abgelöst werden. Letztere können nur als zusätzliche Unterstützungen anerkannt werden. — Der Konferenzleiter legte in seinen Schlußausführungen allen Teilnehmern nahe, sich mit allen zur Verfügung stehenden Kräften für Stärkung des Verbandes einzusetzen, um so mehr im kommenden Jahre mit weiteren Tarifverhandlungen zu rechnen sei, die zu beeinflussen, unsere Aufgabe ist. Nach einer sechsstündigen Dauer fand die ruhig und sachlich verlaufene Konferenz ihr Ende.

Steinfeger, 5. Gau: Der Gauleiter, Kollege Gante, Essen, hat einen Motorradunfall erlitten und befindet sich im städtischen Krankenhaus zu Essen. Bis zu seiner Wiederherstellung werden die Interessen der Steinfegerkollegen in dringenden Fällen durch die übrigen in Rheinland-Westfalen tätigen Angestellten vertreten.

Bei wichtigen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden, Innungen und Behörden ist dem Kollegen Jakob Braun, Köln-Mühlheim, Wangelstr. 3, Tel. 61201, sofort Mitteilung zu machen, der auch die Steinfegerangelegenheiten in folgenden Zahlstellen betreut: Aachen, Bonn, Krefeld, Düsseldorf II, Düren, Essen, Hamborn, Köln, Oberhausen, Rhendt, Remscheid, Solingen, Wanne-Eikel, Wattencheid und Wesel.

Für Barmen, Bochum, Boitrop, Buer, Dortmund II, Elberfeld, Gelsenkirchen, Hattingen, Langendreer, Anna und Lüdenscheid ist der Bezirksleiter, Kollege Heinrich Luzem, Hagen i. W., Frankfurterstr. 24, II., in Anspruch zu nehmen.

Der Bezirksleiter, Kollege Stefan Lenz, Bedde bei Gummersbach, Tel. 430, von den Zahlstellen Beckdorf, Morsbach und Wildbergerhütte; der Bezirksleiter Jakob Haupt, Mayen, Eintrachtstr. 16, Tel. 37 von Koblenz und Trier.

Essen. Laut Beschluß unserer Funktionäre werden an Durchreisende keinerlei örtliche Unterstützungen mehr geleistet.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Dresden das Verbandsbuch Nr. 18425 für Otto Hunger, Marmorhauer.

Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialanfertiger. **Steinbruchschuhe handeingebund.** Garantie für jedes Paar. hochwertige Qualität. reelle Beliefer. **M 14.75** portofr.



Nichtgeall. gegen Betrag zurück.

Herrn Weibers Berufsschuhwerk
 Bad Godesberg

Pflasterhämmer
 aus bestem Schweisstahl.
Rammen, Brechstangen
 und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt **ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6**

Steinarbeiterhose, aus II-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8,— und 6,— Mk., **Maurersocken** 1,10 Mk., **Echt Linder-Manchesterhosen** Qual. I 15,— II 11,50, III 10,— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hoffeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Striegau. Am 3. September der Pflastersteinmacher Wilhelm Wendt, 70 Jahre alt, Blutzucker.
 - Bremen. Am 8. September der Schleifer Johann Rauch, 61 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungenkrebs.
 - Kamenz. Am 11. September der Pflastersteinmacher August Menschner, 47 Jahre alt, 43 Wochen krank, Rippenfellentzündung.
 - El-Krotzenburg. Am 13. September der Steinsitzer August Frickel, 72 Jahre alt, 20 Wochen krank, Verkalkung.
 - Dresden. Am 14. September der Steinsitzer Otto Langer, 28 Jahre alt, Motorrad, tödlich verunglückt.
 - Zwickau. Am 15. September der Sandsteinmetz Paul Poller, 52 Jahre alt, 6 Wochen Staublunge und Bronchitis.

EHRE IHREM ANDENKEN
 Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Binkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Das Landstraßenwesen der Welt

Eine internationale Straßenübersicht

(Unbefugter Nachdruck der Uebersetzung verboten.)

Als eine wesentliche Teilaufgabe internationaler Wirtschaftsverständigung hat das „internationale Parlament der Wirtschaft“, die Internationale Handelskammer, es stets bestrachtet, die Straßenverhältnisse in den einzelnen Ländern darzustellen. Bereits im Jahre 1929 hat der „Ausfluß für Ueberlandtransporte“ der Internationalen Handelskammer das Ergebnis einer Umfrage über die Straßenverhältnisse in den einzelnen Ländern veröffentlicht. Wir hatten im „Steinarbeiter“ das wesentlichste aus dieser Zusammenstellung, die als Drucksache Nr. 70 der Handelskammer-Veröffentlichungen herausgegeben worden war, den Lesern übermittelt. Nunmehr ist in englischer Sprache eine ergänzende zweite Auflage dieser Uebersicht erschienen, die einen völlig neuen Stoff verarbeitet. Nachstehend ein Auszug in deutscher Uebersetzung aus der jüngsten Veröffentlichung. Zunächst über europäische Staaten:

Dänzig. Die Landstraßen sind — nach ihrer Bauart — eingeteilt: Erde, Sand und Kies 1000 Kilometer, Makadam 397 Kilometer, Asphalt, Teer oder Bitumen 128 Kilometer, Gufmörtel 2 Kilometer, Pflaster 290 Kilometer.

Dänemark. Die Straßenoberflächen sind gefertigt bei den Staats- und Bezirksstraßen: Gemöhlisches Pflaster 12 Kilometer, Massivpflaster 462 Kilometer, Zementverdrichtet 3 Kilometer, Asphalt 82 Kilometer, Bitumen 29 Kilometer, Zementbeschotterung 2 Kilometer, Asphaltbeschotterung 18 Kilometer, Bodenstoff 438 Kilometer. In Oberflächen-Behandlung: 2463 Kilometer, Schotter 3302 Kilometer, Kiesland 771 Kilometer, insgesamt 7582 Kilometer.

Estland. Das Straßengesetz vom 25. Mai 1928 teilt die Straßen in zwei Gruppen ein: 1. Straßen, die von der öffentlichen Hand gebaut und unterhalten werden. 2. Straßen, die von privater Seite angelegt sind und unterhalten werden. Die erstere Gruppe zerfällt wieder in Straßen erster, zweiter und dritter Ordnung, je nach dem Umfange des von ihnen zu bewältigenden Verkehrs. Die Mindestbreite beläuft sich bei Straßen erster Ordnung auf 8 Meter, Straßen zweiter Ordnung 6 Meter und dritter Ordnung 4 Meter. Da diese Einteilung erst kürzlich ergangen ist, weichen die tatsächlichen Breitenmaße oft noch wesentlich hiervon ab und bleiben häufig hinter dem vorchriftsmäßigen Maß zurück. Die große Mehrheit der Straßen bestehen aus Erde, Sand, Lehm oder Kiesland. In dessen sind 350 Kilometer eingepflastert und etwa 30 Kilometer Asphalt- oder Bitumenflächen.

Finnland. Die Straßen sind wie folgt eingeteilt: 1. Heerstraßen: Hauptächlich mit fester Oberfläche von zermalenem Gestein, Asphalt, Gufmörtel u. a. 2. Straßen erster Ordnung: Kiesland, in der Oberfläche verschiedene Arten von steinernen Blöden aufweisend. 3. Straßen zweiter Ordnung: Kiesland, in der Oberfläche durchgehend wie bei Straßen erster Ordnung gehalten, doch schmaler. 4. Straßen dritter Ordnung: Kiesland, ohne besondere Oberfläche. 5. Straßen vierter Ordnung: In dünnbedeckten Gebieten bestehen sie aus ebener Fläche, die mit Kiesland bedeckt ist. Mindestbreite. Heerstraßen 6,50 Meter, Straßen erster Ordnung 6,5 Meter, Straßen zweiter Ordnung 5,50 Meter, Straßen dritter Ordnung 5 Meter bzw. 3,5 Meter, Straßen vierter Ordnung 2,50 Meter. Die Steigung: 3,3 Prozent bzw. 5 Prozent, bzw. 6 Prozent, bzw. 7 Prozent, bzw. 10 Prozent. Der Krümmungsradius: Heerstraßen und Straßen erster Ordnung 100 Meter (ausnahmsweise 60 Meter), zweiter Ordnung 100 Meter (ausnahmsweise 50 Meter), dritter Ordnung 100 Meter (ausnahmsweise 40 Meter), vierter Ordnung 100 Meter (ausnahmsweise 40 Meter).

Frankreich. Dort besteht keine Einteilung nach der Bauart. Jedoch werden seit Januar 1925 die Straßen — abgesehen von den Nationalstraßen — in vier Klassen entsprechend der Weisensart und Häufigkeit des sie benutzenden Verkehrs eingeteilt. A. Straßen mit einem ausnahmsweise starken Verkehr, und zwar von mehr Durchgangs- als örtlichem Verkehr. B. Straßen mit ausnahmsweise starkem Verkehr, der sowohl allgemein als örtlicher Art ist. C. Straßen mit ausnahmsweisem Verkehr, der aber mehr örtlicher Art ist. D. mit verhältnismäßig leichtem Verkehr — zum meist örtlicher Art. Im Jahre 1928 gab es von der A-Art etwa 38 000 Kilometer, B etwa 47 000 Kilometer, C etwa 124 000 Kilometer, und D etwa 399 000 Kilometer. Der Großteil der Haupt-Nationalstraßen sind von fester Bauart und auch gut entwässert, und haben als Unterbau festes Gestein. Sie haben hauptsächlich gewaltige Beschotterung (bzw. Makadam), vereinzelt auch mit Teer oder Bitumen überzogen. Neuerdings ist vereinzelt Bitumen oder Zementbeschotter angewendet worden.

Deutschland. Die Straßen werden lediglich unter dem Gesichtspunkt ihrer verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit eingeteilt nach Staats-, Provinzial- und städtische Straßen — je nach den zuständigen Bestimmungen. Inzwischen wird derzeit ein ganzes Netz von besonders wichtigen Landstraßen von der Reichs- und den Länderregierungen als Fernverkehrsstraßen geschaffen. Um diesem Begriff eingeordnet zu werden, müssen folgende Grundbedingungen vorliegen: Die Mindestbreite von Straßen zu Straßen beträgt 8 Meter in Flach- und Hügelland, im Gebirge 7 Meter. Die Fahrstraße selbst muß zum mindesten 6 Meter betragen und bei Krümmungen sich erweitern. Im Flachland beträgt die Höchststeigung 2,5 Prozent, im Hügelland 5,5 Prozent und im Gebirge 8 Prozent. Der Mindestradius für Kurven macht in der Ebene 200 Meter, im Hügelland 150 Meter, und im Gebirge 50 Meter aus. Bei langen Strecken mit 5,5 Prozent Steigung müssen Kurven mindestens 150 Meter Radius haben. Bei Straßenneubauten darf der Radius unter 300 Meter nur bei besonders ungünstiger Geländebeschaffenheit heruntergehen. Bei Kurven mit einem Radius von weniger als 300 Meter muß der Fahrdamm mit einem Damm umrandet sein, und wenn er schmaler als 6 Meter ist, so ist er zu erweitern, bis der Radius unter 150 Meter fällt. Künftighin werden keine Eisenbahnen Fernverkehrsstraßen überqueren und die Niveauübergänge werden bei diesen beseitigt.

Großbritannien. Die Straßen sind in Großbritannien in drei Klassen eingeteilt: Erste Klasse: a) Haupt-Stammstraßen, die London mit den Provinzialhauptstädten und Häfen verbinden. b) Zwischenstädtische Straßen, die wichtige Städte untereinander verbinden. c) Straßen, die in der Bedeutung ähnlich den Straßen zu a und b sind. d) Straßen, die die vorgeannten Straßen mit recht wichtigen Bahnstationen oder mit Plätzen von Allgemein-Bedeutung verbinden und die einen außerordentlich starken Verkehr aufweisen. Zweite Klasse: a) Straßen, die städtische Gebiete von geringerer Bedeutung als die vorerwähnten mit Straßen der Klasse 1 und 2 verbinden; b) Straßen, die als Verbindungsglied dienen, aber von geringerer Bedeutung als die eben genannten sind; c) Zubringer-Straßen, die einen geringeren Verkehr als die vorerwähnten Straßen aufweisen; Straßen, die Straßen erster oder zweiter Ordnung mit großen Bahnstationen oder Plätzen von öffentlicher Bedeutung verbinden; d) sofern der Verkehr darauf ein geringerer ist als in den Straßen erster Ordnung. Die übrigen Straßen mit Verkehr weisen eine überwiegend lokale Benutzungsart auf. Als Befestigungsarten sind folgende Stoffe üblich: Asphalt, Pflasterstein, Holzpflaster, Teer, Makadam, Teer-, Wassergebunden mit Teeranstrich und andere Arten. In bezug auf die Breite, Krümmungsradius und Steigung bestehen keine festen Vorschriften.

Griechenland. Es gibt drei Arten von Straßen in Griechenland: Erster, zweiter und dritter Klasse. Alle drei Arten haben laut Bestimmung durchgehendes Makadam, doch sind etwa 150 Kilometer mit Asphalt überzogen. Die Breite beträgt: 1. Klasse 6 Meter, zweite Klasse 5—6 Meter, 3. Klasse 5 Meter. Die Höchststeigungen betragen 6, 7 und 8 Prozent.

Ungarn. Auskunft war nur über die Staats-Landstraßen erhältlich. Diese sind meist beschottert, ein geringer Teil ist mit Asphalt und Zement behandelt. Die Breite der Staats-Landstraßen schwankt zwischen 7—10 Meter, die Höchststeigung beträgt 7 Prozent, der geringste Kurvenradius 50 Meter. Die Länge der Staats-Landstraßen beträgt — ausgedrückt nach ihrer Bauart —: Schotter 3800 Kilometer, mit Kiesfüllung 250 Kilometer, Asphalt 82 Kilometer, Zement und andere Baustoffe 103 Kilometer. Insgesamt 4235 Kilometer.

Früher freistaat. Die Straßen sind nicht nach der Bauart eingeteilt. Die Länge der verschiedenen Oberflächenarten ist folgende: Schotter, geteerter Makadam 4237 Kilometer, Gufmörtel 164 Kilometer, Asphalt 783 Kilometer, Granitstein, Holzpflaster und Versuchsstrecken 105 Kilometer. Insgesamt 5289 Kilometer. Im übrigen sind noch 70 063 Kilometer weitere öffentliche Wege vorhanden, die beschottert sind und je nach dem Verkehr eine Befestigung erfahren haben. Die Hauptstraßen sind meist makadamisiert (Teerüberzug) unter Einfügung von Strecken, die asphaltiert oder mit Gufmörtel bearbeitet sind. Letzteres, Asphalt und Pflaster sind durchgehend als Decke in den bedeutenderen Städten verwandt. Die Breite der Straßen schwankt zwischen 4,5 Meter und 7,5 Meter.

Niederlande. Im Jahre 1929 erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmte Grundvorschriften über den Bau und die Unterhaltung von Staatsstraßen, die für die Straßen Anwendung finden, die außerhalb der überbevölkerten Teile verschiedener Städte liegen. Für Straßen mit besonders starkem Verkehr bestehen zwei verschiedene Grundarten, die aber beide die nämliche Breite haben. Die Auswahl zwischen den beiden Arten hängt ja von den örtlichen Umständen ab. Bei den beiden Arten befindet sich in der Mitte eine Fahrbahn von 11 Meter Breite, die einen festen Oberbau aufweist mit einer Baumreihe zu beiden Seiten. Sie ist für den Fahrzeugverkehr bestimmt. Zu beiden der Baumreihe liegt ein Radfahrerbänke von zwei Meter Breite. Bei der einen der beiden Arten von Straßen ist ein Parallelweg von sechs Meter Breite vorgelesen für Verkehr langamer Art; dieser Teil läuft außenseits neben dem Radfahrweg. An einer von beiden Seiten befindet sich eine Baumreihe und an der anderen ein Gehweg für Fußgänger. Bei der zweiten Straßenart befindet sich eine Baumreihe an jeder Seite der beiden Radfahrerbänke, anschließend folgt ein Parallelweg von sechs Meter Breite, und endlich ein Fußgängerweg an der Seite.

Die dritte Art von bedeutenden Straßen gleicht den eben beschriebenen, sie hat aber nur eine Baumreihe und keine Parallel-Fahrbahn für langsamen Verkehr. Bei den für den Kraftwagenverkehr bestimmten Straßen gibt es zwei Arten, die eine mit, die andere ohne Parallelweg. Beide haben in der Mitte eine Fahrbahn von 12 Meter Breite für den Autoverkehr allein und sind umsäumt von einer Einmäulung und einem Radfahrweg von 2 Meter Breite. Der Parallelweg — falls vorhanden — hat eine nur begrenzte Breite. Mit Parallelstraße beträgt die Breite 31 Meter, ohne letztere 23 Meter. Provinzielle Straßen müssen gewissen Forderungen genügen, wenn sie aus dem Straßenbau-Fonds gefördert werden wollen gemäß dem Straßenverkehrs-Gesetz. Der Teil der Straße mit fester Oberflächenbehandlung muß mindestens 5 Meter breit sein, und falls besondere Fahrradbänke vorhanden sind, 4,50 Meter. Fahrradbänke, die nicht an die Straße anstoßen, müssen mindestens 0,60 Meter Breite haben. Neuerdings müssen sie auch für Fahrzeuge benutzbar sein, die bei dem Ueberholen schneller fahrender Fahrzeuge ausweichen. Wenn der Radfahrverkehr nicht 500 Räder täglich erreicht, ist der Radfahrweg nicht vorgeschrieben, aber dann muß die Straße für Fahrräder benutzbar hergerichtet sein und mindestens 5,50 Meter Breite haben. Obgleich die Landstraße in diese drei Gattungen verwaltungsmäßig eingeteilt sind, ist ihre Einteilung nicht übereinstimmend mit ihrer Bauart, sondern mit ihrer Verkehrsart. Man kann nicht ziffernmäßig angeben, welche Straßen Nationalstraßen, Bezirksstraßen usw. angehören, weil die Eingliederung der Straßen dauernder Abänderung, entsprechend dem sehr schnellen Ausbau des Straßensystems, unterliegt.

Norwegen. In Norwegen sind die Straßen nicht nach der Bauart eingeteilt, die ja nach den örtlichen Erfordernissen eine verschiedenartige ist. Die Bauweise hängt von den jeweiligen Bodenverhältnissen in den verschiedenen Teilen des Landes und von der Stärke des zu bewältigenden Verkehrs ab. Durchgehend sind die Straßen 5,50 Meter breit, zum mindesten 4,50 Meter. In zerklüftetem Gelände indessen, wo der Bau schwierig und teuer ist, geht die Breite oft auf 3 Meter zurück. Ausdamm sind Ausweichstellen an bestimmten Punkten geschaffen, um Fahrzeugen aus verschiedener Richtung das Durchkommen zu gewährleisten. Nach Tunnellicht sind sämtliche Straßen beschottert (makadamisiert), mit Kiesland bedeckt.

Oesterreich. Ganz genau genommen gibt es keine technische Einteilung der Straßen. Pflasterstraßen kommen in der Nachbarschaft der Städte vor. Neuerdings werden Straßen vielfach geteert. Die Straßenbauverwaltung schreibt eine Mindestbreite von 6 Meter vor, wovon 5—7,5 Zentimeter auf den Fußgängersteig entfallen. Die Höchststeigung beträgt 6 Prozent, der Mindestradius bei Kurven zwischen 100 und 200 Meter. Inzwischen bringen die eigenartigen Geländeverhältnisse Oesterreichs es mit sich, daß Steigungen von 22 Prozent vorkommen mit einem Kurvenradius von nur 40 Meter.

Polen. Nur die nach dem Weltkrieg gebauten Straßen sind nach der Bauart eingeteilt. Die Landstraßen öffentlicher Art mit gehen, welche letztere Zahl das absolute Höchstmaß bildet. Früher waren 90 Meter Krümmungsradius erlaubt. Gegenwärtig sind weniger als 152 Meter verboten. In bevölkerten Stadtgebieten muß indessen dieser Radius gekürzt werden.

Quebec. Die derzeit geltende Regelung sieht eine Breite von 20 Meter vor, 6 Meter Pflaster und eine Quersfläche zwischen den Gräben von 9 Meter. Die Höchststeigung ist 5 Prozent, jedoch ist ausnahmsweise in gebirgigen Gegenden eine Steigung von 8 Prozent erlaubt.

Mexiko. Die Staats-Landstraßen sind in folgende drei Klassen eingeteilt: Straßen mit starker Benutzung, Straßen mit mittlerer Benutzung und Straßenzüge im Boden ohne Oberflächenbehandlung. Für die erste Gruppe wird gemischter oder einfacher Zement verwendet. Für die Seitenwege ist verschiedenes Material verwendet, darunter oft Zement. Straßen mittlerer Benutzung sind mit Schotter, vulkanischen Gesteinsarten, Telford- oder einfachem Makadam oder auch aus wasserdurchlässigen Stoffen gebaut. Für gewöhnliche Straßen ist die örtliche Erdart verwendet. Die Art des Baustoffes wechselt bei jeder Straße oder jedem Straßenteil je nach dem Umfange des Verkehrs und ihrer voraussetzlichen Benutzung, je nach der Bodenart, und dann ist auch maßgebend, welche Kosten und Zeiterfordernisse der Antransport des betreffenden Baustoffes nach dem Gelände bedingen. Die Normalbreite beträgt bei dem benutzten Teil der National-Landstraßen zwischen den Seitenwegen 6 Meter; die stärkste Steigung ist 6 Prozent und der mindeste Krümmungsradius — in bergigen Gegenden — 15 Meter. (Schluß im nächsten „Steinarbeiter“.)

Das Straßennetz der Erde

Die kürzlich erschienene 2. Auflage der Veröffentlichung der Internationalen Handelskammer über das Straßennetz der Erde bringt folgende ausführliche Uebersicht über den Stand des Straßennetzes in den einzelnen Staaten am Beginn des Jahres 1930:

I. Europa: Belgien 30 407 Kilometer, Bulgarien 15 411, Tschechoslowakei 72 146, Danzig 1825, Dänemark 50 959, Deutschland 296 146, Estland 23 237, Finnland 54 019, Frankreich 651 832, Großbritannien 288 218, Griechenland 10 925, Irland 75 352, Italien 316 347, Jugoslawien 40 665, Lettland 53 700, Litauen 45 230, Luxemburg 4209, Niederlande 25 237, Norwegen 37 569, Oesterreich rd. 42 000, Polen 244 044, Portugal 22 344, Rumänien 106 784, Rußland 1 249 999, Spanien 87 089, Schweden 134 868, Schweiz 14 889, Ungarn 24 235 Kilometer.

II. Amerika: Vereinigte Staaten von Nordamerika 4 867 019 Kilometer, Argentinien 212 625, Bolivien 5768, Brasilien 121 500, Chile 40 000, Ecuador 2236, Guatemala 2457, Honduras 581, Kanada 627 739, Kolumbia 30 997, Kostaika 3500, Kuba 3203, Mexiko 226 700, Panama 1092, Paraguay 5929, Peru 19 315, Portoriko 3669, Salvador 2582, Uruguay 36 189, Venezuela 3558 Kilometer.

III. Asien: China 56 021 Kilometer, Hawaii 2736, Indien 456 260, Holländisch-Indien 58 218, Indochina 33 759, Irak 7725, Japan 1 060 801, Palästina 2021, Persien 12 799, Syrien 8722, Türkei 31 382 Kilometer.

IV. Afrika: Ägypten 6595 Kilometer, Französisch-Westafrika 46 000, Marokko 6298, Union Südafrika 137 756 Kilometer.

V. Australien: Australien 516 695 Kilometer, Neuseeland 173 812, Tasmanien 12 377 Kilometer.

Die weltwirtschaftliche Konjunktur im Herbst

Wie sich jetzt zeigt, ist für die nächste Zeit noch kein Umschwung in dem Tiefstand der Weltwirtschaft zu erwarten. Nach dem Ausbruch der deutschen Kreditkrise hat in Europa eine Welle neuer Wirtschaftskrisen begonnen. Auch in den Vereinigten Staaten sind erneut Zeichen von Produktionsrückgängen zu beobachten. Am die Jahresmitte ist die Weltwirtschaft in das dritte Jahr des Abschwungs eingetreten. In keinem Lande liegen sichere Anzeichen für einen baldigen Konjunkturaufschwung vor. Die kurze Belebung auf den Waren- und Effektenmärkten, die der Ankündigung des Reparationsjahres folgte, ist einer erneuten scharfen Rückgangstendenz gewichen. Obwohl das Rückgangstempo sich in den meisten Ländern zunächst verlangsamte, so bleibt doch diese Tatsache in aller Schärfe bestehen. Regional hat sich der Schwerpunkt der Krise, der Ende 1930 noch in den überlebensfähigen Rohstoffgebieten lag, im Verlauf des letzten Halbjahres mehr und mehr nach Europa verlagert. Die Rohstoffländer zeigen eine gewisse Widerstandsfähigkeit, ihre Handelsbilanz hat sich etwas gebessert. Die europäischen Industrieländer standen dagegen bisher noch immer im Zeichen wachsender Schwierigkeiten. Seit dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Credit-Anstalt hat sich auf den Kreditmärkten der Welt ein Umschwung vollzogen. Die durch die Gelbblässe ausgelöste deutsche Bank- und Kreditkrise hat auf andere Schuldnerländer, wie auf Ungarn, Oesterreich, Rumänien, Lettland, Litauen und Danzig übergegriffen. Deren Lage wurde dadurch ebenfalls verschärft.

Nach diesem allgemeinen Ueberblick, zu dem wir das neueste Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, benutzen, noch einige Worte über die Lage in den einzelnen Ländern. Von den 40 Industriestaaten der Erde war in keinem Lande, von Rußland abgesehen, eine einigermaßen günstige Konjunktur zu verzeichnen. Am besten dürfte die Lage in Japan sein. Gegenüber dem letzten Konjunkturmazimum ist ein Rückgang der Produktion in allen Ländern zu verzeichnen. Während dieser aber in Frankreich und Japan nur rund 10 v. H. beträgt, macht er in Großbritannien, Kanada, Polen, den Vereinigten Staaten rund 30 v. H. und in Deutschland etwa 31 v. H. aus. Die Rohisenproduktion sank in England, Deutschland und USA um 50 v. H. und darüber. Die Rohstahlproduktion ging in ähnlichem Ausmaß zurück. Beim Außenhandel war ein Rückgang der Einfuhr von 17 bis 68 v. H. zu verzeichnen. Den geringsten Rückgang hatte die Schweiz und den höchsten Chile. Bei der Ausfuhr zeigte sich ein Rückgang von 30 bis 72 v. H. Den niedrigsten Rückgang hatte Deutschland und den höchsten Chile. Bezüglich der Ausfuhr von Fertigwaren hatten die Vereinigten Staaten mit 56 v. H. den größten Rückgang zu verzeichnen. Für die verhältnismäßig günstige Lage von Japan und dessen starke Stellung auf den Exportmärkten dürften die Kostenvorteile bezüglich der Rohstoffe und Zinsen und die niedrigen Löhne dortselbst den Ausschlag geben.

Zum erstenmal seit Beginn der Krise ist der Rückgang des Welthandels unterbrochen worden. Der Umsatzwert ging im zweiten Vierteljahr 1931 zurück; die Umsätze haben dagegen zugenommen. Diese Entwicklung ist um so auffällender, weil es seit dem Beginn der Krise das erste Mal ist, daß der ständige Rückgang des Welthandels eine Unterbrechung erfährt. Eine Steigerung der Einfuhr zeigt sich in den europäischen Ländern vor allem bei Getreide und Futtermitteln. Auch die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren war in den europäischen Ländern beträchtlich. Die Ausfuhr Deutschlands und Frankreichs hat sich noch am besten gehalten. Der scharfe Rückgang der Ausfuhr Großbritanniens und der Vereinigten Staaten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß diese vorwiegend typisierte Waren der Massenproduktion exportieren. Ein Ueberblick über die Lage der Weltkonjunktur zeigt also wenig Lichtblicke. Mit irgendwelchen Aufschwungseignungen kann in der nächsten Zeit nicht gerechnet werden. Somit müssen wir uns damit vertraut machen, daß im kommenden Winter etwa 30 bis 40 Millionen Menschen in den Kulturländern der Welt ohne Beschäftigung sind.

Empfehlenswerte Zeitschriften

- „Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leppart. Schriftleiter Volmar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. W. 68, Lindenstraße 6a. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.
„Sozialistische Bildung“, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mark.
„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. — Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin Charlottenburg, Berliner Straße 137, wird kostenlos an den Kassenzustellern verteilt.
„Sozialistische Bildung“ erscheint monatlich mit ihren Beilagen „Büchermärkte“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag S. W. D. Dieck, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfg. Der Reichsausfluß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.
„Multierte Reichsbauer-Zeitung“. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postanfragen und Verlag S. W. D. Dieck, Berlin S. W. 68, nehmen Bestellungen an.
„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.
„Frauenwelt“, Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pfg., Ausgabe B (mit Schrittmulterbogen) 45 Pfg. Verlag S. W. D. Dieck, Nachfolger, Berlin S. W. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.
„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag S. W. D. Dieck, Nachfolger, Berlin S. W. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Nach der genalteste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Der Lebenskamerad

Das ist deine Frau, Prolet!
Die schon als Kind die Last eines Haushalts trägt,
ihre Geschwister bewahrt,
als Mädchen den Dreß fremder Menschen fest,
die jeden Morgen,
kaum, daß sie sich hingelegt,
schon wieder aufstehen muß,
um einer Herrschaft das Frühstück ans Bett zu besorgen,
die dafür halbfaß zu essen bekommt
und für ein abgetragenes Kleid
sich bedanken und schöntun muß,
die in den Läden die Launen
der Kundenschaft erträgt,
und die Launen des Chefs,
der sie mit Arbeit belädt:
Das ist deine Frau, Prolet!

Die in den Fabriken steht,
am laufenden Band,
oder am Paktisch eines Geschäfts,
die in den Kontoren sitzt,
an den Schreibmaschinen,
die die Bücher führt,
Papier in die Druckpressen legt,
die am Abend mit dir durch die Straßen
und an allen Läden voll Sehnsucht vorübergeht:
Das ist deine Frau, Prolet!

Die auf grünlosen Plätzen,
haftig und wie auf der Flucht,
ihre Kinder empfängt,
die im Dunst eines Maschinenraums
das erste Unwohlsein erträgt,
im Gewirr eines Telephonsaals
ihre Ohnmacht verbirgt,
um nicht vor der Zeit erkannt,
vor der Zeit ohne Brot zu sein,
das sie braucht
für das Kind, das sie trägt,
die im Studieraal einer Klinik,
vor zwanzig Studenten
in Wehen vergeht,
vor vierzig Augen die Scham nieder schlägt,
die sich aufbäumt und schreit,
während ein Professor
nüchtern die Anatomie
des weiblichen Beckens
und den Vorgang einer Geburt erklärt,
das ist deine Frau,
das ist deine Mutter, Prolet!

Die vor der Zeit hinsieht,
weil zu viel Geburten
an ihr gezehrt, zu viel Arbeit,
zu viel Fron für andere Menschen,
die dennoch jeden Tag ihre Pflicht tut,
ihre Kinder aufzieht,
wie sie kommen,
Fehlgeburten erträgt,
weil niemand sie Schonung des Körpers gelehrt,
die dein Haus sauber hält
und das Haus fremder Menschen dazu,
die sich einschränkt und hungert,
weil dein Lohn nie reicht
und du oft arbeitslos bist,
die die Zeitung in alle Häuser trägt,
die dein Recht, deinen Kampf, deine Siege verkündet,
die deine Geliebte ist,
deine Gattin, deine Mutter
und doch noch Zeit findet,
in der Partei an erster Stelle zu stehen,
damit es den kommenden Generationen
einmal besser als dir und deinen Kindern geht:
Das ist deine Frau, Prolet!

Erich Grisar.

Allerhand Neuigkeiten

Der erste Streik

Seitdem Italien unter der Herrschaft des Faschismus steht, hat bis vor wenigen Wochen dort kein einziger Streik stattgefunden. Nicht etwa, weil keine Ursache zum Streik da war, sondern weil die Mussolinischen Knüttelgarden jeden Anlaß dazu mit Gewalt verhinderten. Erst jetzt haben es die Weber in zwei Orten der italienischen Provinz Verona gewagt, den Bann zu brechen, weil ihr gewiß recht minimaler Lohn auf 12 Lire täglich (2,40 Mark) herabgesetzt werden sollte. Die ersten vier Tage ging alles gut. Dann aber erschienen die Schwarzhemden, die den Betrieb besetzten und Streikbrecherdienste leisteten. So verlief der erste Streik im faschistischen Italien!

Lohnstag bei Ford

In den Jahren 1908 bis 1927 zahlten die Fordwerke in den Vereinigten Staaten eine Lohnsumme von 1 970 414 172,29 Dollar. Darin ist jedoch die Lohnsumme für 1918 nicht enthalten, weil in diesem Jahre die Fordwerke fast ausschließlich Kriegslieferungen herstellten und keine eigene Produktion hatten. Die genannte Summe verteilt sich also auf 19 Jahre, so daß auf das Jahr eine Lohnzahlung von 103 706 009,06 Dollar kommt. Dazu kommen die in den ausländischen Zweigfirmen gezahlten Löhne mit schätzungsweise 1 622 809 004,10 Dollar und die Lohnsumme für die Angestellten, die mit der Instandhaltung der Autos beschäftigt waren, der Angestellten der Service-Stationen, der Garagen und Reparaturwerkstätten mit schätzungsweise insgesamt 3 497 200 000 Dollar, so daß der Anteil Fords an den amerikanischen Löhnen insgesamt 7 090 423 176,39 Dollar betrug. Das sind 373 180 167,18 Dollar im Jahre oder 1 243 933,70 Dollar an jedem Arbeitstage. In deutsches Geld umgerechnet sind das 5 224 521,54 Mark täglich!

Man züchtet — Auerhühner!

Der Auerhühner, auch Ur genannt, ist in der ganzen Welt ausgestorben. Dafür hat man allerdings die vom Auerhühner herkommende künstliche Züchtung des Hausrindes. Im wissenschaftlichen Interesse wird jetzt der Versuch gemacht, aus primitiven Rassen des Hausrindes (Schottisches Hochland-Rind, Berg-rinder usw.) zum Auerhühner zurückzuzüchten. Nach den vererbungs-gesetzlichen Fortschritten ist der Versuch nicht aussichtslos. Im Zoologischen Garten in Berlin sind die zur Rückzucht bestimmten Rinder bereits ausgesondert. — Dort macht man gegenwärtig auch einen andern interessanten Züchtungsversuch. Um die Zahl der in der ganzen Welt vorhandenen Wisente, die man auf 60 schätzt und die — wenn sie nicht ganz besonders unter Schutz gestellt werden — bald ausgestorben sein dürften, zu erhöhen, kreuzt man Wisent-bullen mit den artähnlichen amerikanischen Bisonkühen. Der daraus entstehende Nachwuchs wird immer wieder mit Wisent-bullen gepaart, bis nach etwa 10 Generationen die Nachkommenschaft alle Merkmale des Wisents zeigt und man so vielleicht die Tierart erhalten kann. Die bisherigen Versuche sind erfolgversprechend.

„Das Fell verkaufen...“

Bei Bestattungen ist es heute noch vielfach üblich, mit einem handfesten Trinkgelage den Tag zu beschließen. Man nennt diese Sitte das „Fell verkaufen“. Es dürfte wenig bekannt sein, daß dieser Brauch religiösen Ursprungs ist und bis in unsere germanische Vorzeit zurückverfolgt werden kann. Nach altem germanischen Glauben wurden die in der Schlacht gefallenen Krieger im Jenseits, dem Walhall, von den Göttern mit einem Ehrentrunke empfangen. Daher stammt auch die Redensart, daß für jemanden das Bier schon gebraut sei, wenn er dem Tode nahe ist. — Mit diesem Ehrentrunke im Jenseits ging Hand in Hand der Ehrentrunke, den die Germanen ihrem im Kampfe gefallenen Stammesgenossen widmeten und dem die gleiche religiöse Bedeutung zukam. Es ist das heutige „Fell verkaufen“.

Die ewige Pille

Unsere Vorfahren kannten ein sehr wertvolles medizinisches Familienerebstück, die sogenannte ewige Pille. Diese Pillen bestanden aus Antimon-Metall, sie dienten als Abführmittel und wanderten so im wahren Sinne des Wortes durch ganze Generationen hindurch. In einer wissenschaftlichen Veröffentlichung aus jener Zeit heißt es über die „ewigen Pillen“: „Wenn sie gleich hundertmal eingenommen und wieder ausgegeben, würden sie doch alle Zeit purgieren (d. i. abführen!) und man große Not haben zu merken, daß sie etwas verringert worden“.

Nikotin in Zigaretten

Bekannte deutsche und ausländische Wissenschaftler fordern seit einiger Zeit, daß auf den verschiedenen Tabakpackungen der Nikotinhalt der betreffenden Tabakfabrikate angegeben sein müsse, und zwar sollen die entsprechenden Untersuchungen des Tabaks durch staatliche Institute vorgenommen werden, um falsche Angaben zu vermeiden. Diese Anregung dürfte in nächster Zeit wohl vor der Hygieneabteilung des Völkerbundes behandelt werden, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß den einzelnen Staaten die gezielte Einführung der geforderten Zahlenangaben auf allen Packungen von Tabakwaren empfohlen werden wird.

Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet...

Nach dem letzten statistischen Bericht des Essener Bergbauvereins hatte die im Jahre 1929 im Ruhrgebiet geförderte Steinkohle einen Wert von insgesamt fast 2 Milliarden Mark. Durch Verlotung und Gewinnung von Nebenprodukten stieg der Wert noch um rund 250 Millionen Mark. Daran waren beteiligt die Werterhöhung durch Verlotung mit 1½ Millionen, die Gewinnung von Teer mit 48¼ Millionen, von Benzol mit 88½ Millionen, von Ammoniak und anderen Verbindungen mit 70½ Millionen, von Leuchtgas mit 18¼ Millionen und die Werterhöhung durch Herstellung von Steinkohlenbriketts mit 22 Millionen Mark.

Die Bar im Kloster

Im Mitteländischen Meer, nahe der spanischen Hafenstadt Valencia, liegt die Insel Mallorca, die größte der dortigen Inselgruppen. Sie trägt nicht nur die Provinzialhauptstadt Palma, sondern sie birgt auch eine Einrichtung, die man eigentlich zu den Weltwundern zählen möchte: das Kloster San Salvador mit einer richtiggehenden Bar und zwei Barmaidchen! Die Mönche, denen die Klosterregeln Enthaltensamkeit vorschreiben, wollen, daß sich die zahlreichen Touristen, die den Berg bestiegen, auf dem das Kloster steht, dort oben wohlfühlen, und sie sollen es sogar recht gut verstehen, für die Fremden allerlei wohlschmeckende Schnäpse zu brauen...

Tirol schüßt seine Frösche

In den letzten Jahren wurden in Tirol die Frösche in großen Mengen gefangen und ihnen bei lebendigem Leibe die Schenkel ausgerissen, die in die Delikatessenhandlungen aller Länder wanderten. Die Tierchutzvereine in Tirol haben oftmals vergeblich versucht, gegen diese Tierquälerei vorzugehen. Jetzt endlich hat der Tiroler Landtag ein Gesetz angenommen, das die Frösche in Tirol schüßt. Es ist dort jetzt verboten, Frösche zu fangen und zu töten; ferner das Feilhalten, Anbieten und Verkaufen von Fröschen, gleichgültig, ob sie roh oder zubereitet sind. — Man darf neugierig sein, in welches Land jetzt die Fröschen-Schenkel-Jäger ihre Tätigkeit verlegen. Wünschenswert wäre, daß hier eine Regelung auf internationaler Grundlage geschaffen würde. h.w.

Eisenbahnbrücken...

532,7 Kilometer Eisenbahnstrecken führen über Brücken, die zusammen 22 133 Öffnungen haben. Die meisten Eisenbahnbrücken hat zweifellos Berlin, nämlich 363. Davon führen 325 über Straßen und 38 über Wasserläufe. Der Rhein hat auf seinem 696 Kilometer langen Lauf zwischen Konstanz und Emmerich 24 Eisenbahnbrücken, also alle 29 Kilometer im Durchschnitt eine. Von ihnen sind besonders interessant die Schiffsbrücken bei Maxau und Spener, bei denen Schiffe die Träger ersetzen. Diese beiden Brücken, die schon über ein beträchtliches Alter verfügen, werden in absehbarer Zeit jedoch durch feste Brücken ersetzt werden. Bei Rhein-Kassel ist eine 25. Brücke über den Rhein geplant, die technisch eine Mutterleistung darstellen wird, und zwar soll sie über dem Strom eine freitragende Stützweise von 310 Metern erhalten; d. h. ihre Träger werden 310 Meter auseinanderstehen!

20 Milliarden Kilogramm Papier!

Die Weltproduktion an Papier beträgt jährlich 20 Millionen Tonnen, das sind 20 Milliarden Kilogramm! Von dieser gewaltigen Menge verbrauchen die Vereinigten Staaten die Hälfte, Kanada ein Achtel, Deutschland ein Zehntel. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder. — Wenn man die zwanzig Millionen Tonnen Kilogramm in Güterzügen verfrachten wollte, brauchte man dazu 1 333 334 Güterwagen zu je 15 Tonnen. Das sind täglich 3653 Güterwagen! Stellt man je 40 Wagen zu einem Güterzug zusammen, kämen auf den Tag 91 Güterzüge mit 2 283 105 Kilogramm, der Weltverbrauch der Welt stellt sich auf 2 283 105 Kilogramm, der Weltverbrauch in einer Minute auf 38 051,250 Kilogramm und in einer Sekunde auf 634,183 Kilogramm. Da Deutschland ein Zehntel der Weltproduktion verbraucht, kommen für Deutschland je Sekunde 63,418 Kilogramm in Frage, das ist etwas über 1¼ Zentner!

Eine feine Familie

Das Geschlecht derer von Solanum (giftige Pflanzengattung) hielt einen Familienrat ab. Eigentlich sollte es eine Art Gerichts-sitzung werden. Denn die weitverbreitete Sippe der Solanums wahrte eine uralte Familienüberlieferung, die überall fast abergläubischen Schrecken verbreitete. Auf ihr beruhte Ansehen und Macht des Geschlechts; deshalb mußte jeder Bruch mit diesem Herkommen streng gerügt werden. Die unheimliche Macht der Sippe aber bestand darin, daß sie die tödlichsten Gifte der ganzen Welt in ihrem Besitze hatte und sie unter den verlockendsten Formen den Opfern beizubringen verstand.

Und nun hatte es sich herausgestellt, daß einige ehr- und pflicht-vergeßene Familien der alten, ehrwürdigen Überlieferung untreu geworden waren. Sie waren unter die Philister der Nützlichkeit gegangen, hatten sich auf den Lebensmittelhandel geworfen und damit Furcht, Achtung und Hoheit eingebüßt.

Man hatte sich zur Gerichtssitzung versammelt. Wie es des Ge-schlechtes alte Gewohnheit war, hatte man als Gerichtsstätte den Schatten einer alten Ruine gewählt. Dichtes Gebüsch verwehrte den Einblick und verbreitete Feuchtigkeit. Man sah es den Ab-trünnigen auf der Anklagebank an, wie unbehaglich sie sich in dieser standesgemäßen Umgebung fühlten. Ihr neuer Beruf hatte sie an Luft und Sonne gewöhnt, hier im Schatten schwanden ihre Kräfte, wie ihr Zutrauen.

Den Vorsitz im Familienrat führte die Gräfin Belladonna. Ihr Giftgehalt berechtigte sie zu dieser Ehrenstellung. Ihre toll-kühnen schwarzen Augen ruhten vernichtend auf den Angeklagten. Da hoßte, von allen verächtlich gemieden, mit niedergeschla-genen Blättern Frau Kartoffel, die Inhaberin der Produktengroßhandlung „Zur schneeweißen Stärke“. Da stand im Winkel be-trübt und blaß die sonst so rotwangige Südamerikanerin Donna Tomata de Solano. Trostlos verkränkte die Arme der Ritter-gutsbesitzer Nikotin v. Tabaki. Ihm konnte man nicht viel an-haben; er hatte ein ganzes Bündel vollwichtiger Zeugnisse über seine Gistigkeit in der Tasche. Unbeachtet barg sich im Winkel Fräulein v. Petunia und ließ vor Angst eine Blüte nach der anderen zu Boden sinken.

Der Ankläger Hyoscyamus v. Bilsenkraut, in jedem Zuge seiner teuflischen Fraße Hohn und Verachtung, warf seinen treu-losen Verwandten das schlimmste aller Vergehen vor, die Abkehr vom ererbten Menschenhaß. Es sei millionenfach erwiesen, führte er aus, daß besonders die Kartoffel als Massenahrung es dem Menschengeschlecht erst ermöglicht habe, die Erde zur Kultursteppe zu machen und das edle Geschlecht v. Solanum eines großen Teiles seiner Besitzungen zu berauben. Dadurch seien sie in eine fast aus-sichtslose Verteidigung gedrängt. Tomata de Solano und die kleine Petunia seien als giftlose Nupflanzungen zwar auch den Grundstücken des Geschlechtes untreu geworden, aber wegen ihrer Unwichtigkeit weniger gefährlich. Nicht ganz so schlimm läge der Fall des Betters Nikotin. Er sei zwar so wie sie in den Dienst des Menschen ge-treten; aber er habe immerhin seine Gistigkeit beibehalten. In Form der Zigarette habe er jetzt Zutritt zur Jugend gefunden und könne so die Menschheit schon in der Wurzel schädigen. Sehr viel-versprechend sei auch seine Geschäftsverbindung mit der chinesischen Firma D—pi—u—m. Deshalb sei gegen seine weitere Zugehörig-keit zum Geschlecht der Edlen v. Solanum nichts einzuwenden, so-lange er auf seine Art an der Vergiftung der Menschen weiter-arbeite. Nikotin v. Tabaki verbeugte sich, stieß eine dicke Qualm-wolke aus seiner Nase und schritt stolz zu seinen Verwandten, dem Stramonium v. Stechapfel, dem Ritter Nactschatten und der bitterjäh lächelnden Dame Dulcamara.

Der spanische Rechtsanwalt Dr. Capsico v. Paprica, ebenfalls ein Verwandter, war in einem feuerroten Mantel erschienen. Er hatte die Verteidigung der Kartoffel übernommen. Er wies darauf hin, daß die Kartoffel in ihrer grünen Jugend ja auch Gift enthalte; ebenso könne man mit ihr zur Reifezeit ganz zu-frieden sein, da sie dann in gewissen Teilen geradezu gesundheits-schädlich sei. Es fehle ihr also durchaus nicht an gutem Willen. Aber, und nun legte er alle Schärfe, deren er fähig war, in seine Worte: Die Kartoffel ist viel besser als ihr Ruf! Sie ist giftiger als ihr alle zusammen. Ihr könnt immer nur einzelne, unwissende Menschen vergiften. Die Kartoffel bringt ganze Wöl-fer mit ihrem Wissen und Willen um! Hier machte er als gewiegter Advokat eine Kunstpause. Alles schaute verwundert auf die Kartoffel, die so dumm dreinschaute wie — eine Kartoffel! Ja! fuhr Dr. Paprica fort, ihr wißt nicht, was ich meine. Auch die Angeklagte weiß es nicht. Das ist erklärlich. Denn dieses furcht-bare Gift, das ganze Völkern hinrafft, bereiten sich erst die Menschen aus der Kartoffel: Es ist der Schnaps! Des-halb gebührt der Kartoffel der erste Platz in der Gistmischerfamilie Solanum!

Niemand widersprach dem menschenkundigen, klugen Don Capsico v. Paprica. Die Gräfin Belladonna selbst geleitete die dumme Kartoffel auf den Gistthron, zu dem die Torheit der Menschen sie erhoben hatte, und das ganze Solanumhaus huldigte der Mutter-pflanze des Schnapses!

Graphologie und Ehe

Die Graphologie, die aus der Handschrift das Wesen eines Menschen zu erkennen sucht, ist neuerdings zu einer Wissenschaft geworden. Da ist es nicht verwunderlich, wenn man jetzt auch bestrbt ist, die Graphologie zur Eheberatung auszunutzen. In dieser Beziehung finden wir in der „Umschau“ eine Anregung.

Gesundheitliche Zustände sind aus der Schrift natürlich nicht zu erkennen. Diese festzustellen, kommt nur die Eheberatung oder der Arzt in Betracht. Aber Charaktereigenschaften kann man erkennen und aus ihnen darauf schließen, ob die Ehe angebracht erscheint oder nicht.

Man kann feststellen, ob der Ehemann beständig sein wird, teil-nahmefähig, ob er eine beschauliche Natur ist oder eigenfönnig. Sogar die geistige und seelische Eigenart, die erotische Veranlagung will man erkennen können und damit feststellen, ob eine gegen-seitige Ergänzung erwartet werden kann.

Vielleicht steckt die neue Wissenschaft noch zu sehr in den Kinder-schuhen, aber daß ihr auch nach dieser Richtung hin Aufgaben be-schieden sein werden, ist nicht zu leugnen.

Wen's juckt, der frage sich — nicht!

Nicht immer treffen Sprichwörter das Richtige, und manchmal kann die Befolgung des Rates „wen's juckt, der frage sich“ sogar verhängnisvoll werden.

Krähen ist die natürliche Abwehr gegen einen Fudekreiz, aber beim Kraken verletzen wir die natürliche Schutzdecke unseres Körpers, die Haut. Dadurch bereiten wir allerhand Krankheits-keimen, die teils auf der unverletzten Haut als harmlose Gesellen ihr Dasein fristen, teils unseren Fingern oder Nägeln anhaften, den verderbenbringenden Weg ins Körperinnere. Oft kann man von Glück sagen, wenn solcher Infektion nur eine örtliche Rötung und Schwellung oder eine im Unterhautzellgewebe begrenzte Eite-rung folgt, die vom Arzt durch entsprechende Behandlung meist leicht gehoben werden kann. Nicht immer aber geht es dabei so verhältnismäßig gut ab, sondern hier und da hört oder liest man von bedauernswerten Menschen, bei denen durch eine Krakenwunde die Krankheitserreger in die Blutbahn gelangt sind und nach Hervorrufen einer allgemeinen Blutvergiftung den betreffenden Menschen unter Umständen dann ein ganzes Körperglied, wenn nicht gar sein Leben kosteten. Darum zunächst noch einmal der Rat: „Wen's juckt, der frage sich — nicht!“